



Übersicht
über das **Sozialrecht**

Dieses Buch ist auf der Grundlage von Einzelbeiträgen
verschiedener Autoren zusammengestellt worden.

Vorwort



Liebe Leserin, lieber Leser!

Deutschland ist ein verlässlicher Sozialstaat. Die Menschen können sich darauf verlassen, dass sie Unterstützung und Perspektiven bekommen, wenn sie arbeitslos werden oder nicht mehr arbeiten können, krank oder pflegebedürftig werden, nach einem Unfall behindert sind oder durch einen Schicksalsschlag den Boden unter den Füßen verlieren. Für all diese Menschen tritt die Gemeinschaft ein. Wie das im ganz konkreten Fall geschieht, regelt das Sozialrecht.

Mit der *Übersicht über das Sozialrecht* möchten wir Ihnen einen Überblick über die vielfältigen Hilfen der gesamten sozialen Sicherung geben. Wir haben in die *Übersicht* die Sozialgesetzbücher aufgenommen, in denen geregelt ist, welche Schutzmechanismen jeweils greifen. Sie können sich aber auch über andere Teilgebiete des Sozialrechts informieren: über die Hilfen für Familien genauso wie über die soziale Sicherung der freien Berufe, das Wohngeld oder Hilfen für Spätaussiedler.

Das soziale Sicherheitssystem der Bundesrepublik Deutschland blickt auf eine lange Entwicklung zurück. Dabei haben wir es ständig aktualisiert. Dadurch zählt unser Sozialsystem heute zu den leistungsstärksten der modernen Industriestaaten. Viele Länder in Europa und in der Welt haben das deutsche Sozialsystem zum Vorbild genommen. Darauf dürfen wir stolz sein. Aber wir dürfen uns darauf nicht ausruhen: Wir müssen immer wieder neue Antworten auf aktuelle Herausforderungen geben.

Für die *Übersicht* konnten wir kompetente Autorinnen und Autoren gewinnen, die die Sozialgesetze allgemeinverständlich darstellen und durch Beispiele mit Leben füllen. Das ist wichtig, denn das Sozialrecht ist keine Ansammlung von Paragraphen. Es nimmt stets den Menschen in den Blick und regelt, was soziale Sicherung für jede und jeden Einzelnen bedeuten kann.

Wir laden alle interessierten Bürgerinnen und Bürger ein, sich mit der *Übersicht über das Sozialrecht* ein Bild davon zu machen, wie das soziale Sicherungssystem in Deutschland organisiert ist und wie es funktioniert. Denn soziale Sicherung ist nichts Abstraktes, sondern geht alle etwas an. Ein verlässliches Sozialsystem ist Fundament einer lebenswerten Gesellschaft und Garant des sozialen Friedens.

A handwritten signature in black ink, which reads "Ursula v. der Leyen". The signature is fluid and cursive.

Ihre

Ursula von der Leyen

Inhaltsverzeichnis

	Seite		
ABKÜRZUNGEN	XXIX	Verzinsung	12
EINFÜHRUNG	1	Verjährung	13
Sozialrecht – Mythen oder Fakten	1	Auszahlung von Geldleistungen	13
Sozialrecht und Wirtschaftskrise	1	Eingriffe in die Leistungsansprüche	13
Ein wenig Geschichte ...	2	Pfändung	13
Sozialstaat ist ein Produktivfaktor	2	Aufrechnung	14
Soziale Sicherung und Gerechtigkeit – vom Grundgesetz gefordert!	2	Verrechnung	14
Netzwerke der sozialen Sicherheit	3	Abzweigung	14
Möglichst wenig Staat ...	3	Mitwirkungspflichten des Leistungsberechtigten	15
Weiterentwicklung des Sozialstaates unabdingbar	3		
Und wie sieht die Zukunft des Sozialstaates aus?	5		
Information und Mitgestaltung des Sozialstaates	6		
		2 SOZIALGESETZBUCH	
		2. BUCH	
		GRUNDSICHERUNG FÜR	
		ARBEITSUCHENDE	17
1 SOZIALGESETZBUCH		Überblick	17
1. BUCH		Einleitung	18
ALLGEMEINER TEIL	7	Reformbedarf / Zusammenlegung von	
Überblick	7	Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe	19
Werdegang	7	Allgemeine Grundsätze	20
Gegenwärtiger Umfang des Sozialgesetzbuchs	8	Leistungsarten	21
Soziale Rechte	8	Leistungsberechtigte	21
Hilfen für den Bürger	9	Anspruch ausländischer Hilfebedürftiger	22
Aufklärung	9	Erwerbsfähigkeit	22
Beratung	9	Hilfebedürftigkeit	22
Auskunft	10	Gewöhnlicher Aufenthalt	23
Antragstellung	10	Ausgeschlossene Personen	23
Sozialleistungen und zuständige Leistungsträger	10	Leistungen zur Eingliederung in Arbeit	24
Räumlicher Geltungsbereich des Sozialgesetzbuchs	11	Sonderregelungen für ältere Arbeitsuchende	25
Sozialgeheimnis	11	Eingliederung und Eingliederungsvereinbarung	26
Grundsätze des Leistungsrechts	12	Eingliederungsmaßnahmen	26
Vorschüsse	12	Sonstige Leistungen zur Eingliederung	27
Vorläufige Leistungen	12	Einstiegs geld und Leistungen zur Eingliederung von Selbständigen	27
		Arbeitsgelegenheiten	28

Inhaltsverzeichnis

<i>Arbeitsgelegenheiten mit Entgelt</i>	28	Finanzierung	47
<i>Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwands- entschädigung</i>	28	Rechtsquellen	47
Leistungen zur Sicherung des Lebens- unterhalts	28	3 SOZIALGESETZBUCH	
Regelbedarf zur Sicherung des Lebensunterhalts	29	3. BUCH	
Mehrbedarfe	30	ARBEITSFÖRDERUNG	49
<i>Mehrbedarf für werdende Mütter</i>	30	Überblick	49
<i>Mehrbedarf für Alleinerziehende</i>	31	Aufgabe der Arbeitsförderung	50
<i>Mehrbedarf für behinderte Leistungsberechtigte</i>	31	Personenkreis	50
<i>Mehrbedarf bei kostenaufwändiger Ernährung</i>	31	Schutzbereich der Arbeitsförderung	50
<i>Besonderer Mehrbedarf</i>	31	Versicherungspflicht nach dem SGB III	51
<i>Mehrbedarfe für dezentrale Erzeugung von Warmwasser</i>	31	<i>Versicherungspflichtiger Personenkreis</i>	51
<i>Bedarfe für Unterkunft und Heizung</i>	32	<i>Versicherungspflicht besonderer Personen- gruppen</i>	51
Satzungsermächtigung	33	<i>Versicherungsfreiheit</i>	51
<i>Wohnkosten für unter 25-Jährige</i>	33	<i>Beginn und Ende der Versicherungspflicht</i>	52
Abweichende Erbringung von Leistungen	34	<i>Freiwillige Weiterversicherung</i>	52
Darlehen bei unabweisbarem Bedarf	34	Leistungen	52
Sachleistungen	34	Überblick	52
Nicht vom Regelbedarf umfasste Bedarfe	34	Beratung	53
Darlehen bei zu erwartenden Einnahmen	35	Vermittlung	53
Leistungen für Auszubildende	35	Arbeitsvermittlung	53
<i>Wohnkostenzuschuss für Auszubildende</i>	35	<i>Kostenfreie Beratung und Vermittlung</i>	54
Leistungen für Bildung und Teilhabe	36	<i>Potenzialanalyse und Eingliederungs- vereinbarung</i>	54
Antragstellung, Berechnung und Auszahlung des Arbeitslosengeldes II und des Sozialgeldes	38	Ausbildungsvermittlung	54
Berücksichtigung von Einkommen	38	Leistungen zur Förderung der beruflichen Aus- und Weiterbildung	55
<i>Bestimmung des Einkommens</i>	39	Zielsetzung	55
<i>Absetzbeträge</i>	40	Leistungen zur Förderung der beruflichen	
<i>Selbständige Tätigkeit und Gewerbebetrieb</i>	41	Ausbildung	55
<i>Freibetrag bei Erwerbstätigkeit</i>	41	<i>Zielsetzung</i>	55
Berücksichtigung einmaliger Einnahmen	42	<i>Förderungsfähige Maßnahmen</i>	55
Berücksichtigung von Vermögen	43	<i>Art der Förderung</i>	56
Soziale Sicherung	45	<i>Förderungsfähiger Personenkreis</i>	56
Kranken- und Pflegeversicherung	45	<i>Umfang der Förderung</i>	56
Rentenversicherung	45	<i>Einkommensanrechnung</i>	57
Sanktionen	45	<i>Berufsausbildungsbeihilfe für Arbeitslose</i>	57
Mitwirkungspflichten	46	<i>Einstiegsqualifizierung</i>	57
Anspruchsübergang	46	<i>Ausbildungsbonus</i>	58
Ersatzansprüche	46	Unterstützung und Förderung der Berufs- ausbildung	58
Erbenhaftung	46	<i>Berufseinstiegsbegleitung</i>	60
Organisation / Durchführung / Beratung	47	Leistungen zur Förderung der beruflichen	
Widerspruch und Klage	47	Weiterbildung	60
		<i>Grundsätze der Förderung</i>	60

<i>Bildungsgutschein</i>	61	Überblick über die Leistungen	69
<i>Zulassung von Bildungsmaßnahmen</i>	61	Förderung von Maßnahmen zur Arbeits-	
<i>Dauer von Weiterbildungsmaßnahmen</i>	61	beschaffung	69
Anerkennung von Bildungsträgern	61	<i>Förderungsfähige Arbeiten</i>	69
Umfang der Förderung	61	<i>Träger der Maßnahmen</i>	70
Weiterbildung Beschäftigter	62	<i>Zugewiesene Arbeitnehmer</i>	70
Förderung von Einrichtungen der beruflichen		Umfang der Förderung	71
Aus- und Weiterbildung und der beruflichen		<i>Dauer der Förderung</i>	71
Rehabilitation behinderter Menschen	62	<i>Rückzahlung</i>	71
Leistungen zur Förderung der Arbeits-		Kurzarbeitergeld	71
aufnahme und der Aufnahme einer		<i>Zielsetzung</i>	71
selbständigen Tätigkeit	62	<i>Anspruch auf Kurzarbeitergeld</i>	72
Leistungen zur Förderung der Aufnahme einer		<i>Erheblicher Arbeitsausfall</i>	72
Beschäftigung	62	<i>Betriebliche Voraussetzungen</i>	72
Leistungen an Arbeitnehmer	63	<i>Persönliche Voraussetzungen</i>	73
<i>Vermittlungsunterstützende Leistungen</i>	63	<i>Anzeigeverfahren</i>	73
<i>Vermittlungsbudget</i>	63	<i>Umfang der Leistungsgewährung</i>	73
<i>Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen</i>		<i>Bemessung und Höhe des Kurzarbeitergeldes</i>	73
<i>Eingliederung</i>	63	<i>Anspruch auf Saison-Kurzarbeitergeld</i>	74
<i>Entgeltsicherung für Ältere</i>	63	<i>Ergänzende Leistungen zum Saison-</i>	
Leistungen an Arbeitgeber	64	<i>Kurzarbeitergeld</i>	75
<i>Eingliederungszuschüsse</i>	64	Transferleistungen	75
<i>Grundsatz</i>	64	<i>Transferkurzarbeitergeld</i>	75
<i>Eingliederungszuschuss für schwerbehinderte</i>		<i>Förderung der Teilnahme an Transfer-</i>	
<i>Menschen</i>	64	<i>maßnahmen</i>	76
<i>Eingliederungszuschuss für Jüngere</i>	64	Verwendung der Mittel für die aktive Arbeits-	
<i>Eingliederungszuschuss für Ältere</i>	65	förderung	76
<i>Bemessung des Zuschusses</i>	65	<i>Eingliederungstitel</i>	76
<i>Förderungsausschluss und Rückzahlung</i>	65	<i>Erprobung innovativer Ansätze</i>	76
<i>Eingliederungsgutschein</i>	65	<i>Eingliederungsbilanz</i>	77
<i>Weiterbildung für ungelernete Arbeitnehmer</i>	66	<i>Förderung aus Mitteln des Europäischen</i>	
<i>Qualifizierungszuschuss</i>	66	<i>Sozialfonds</i>	77
<i>Beitragsbonus</i>	66	Leistungen bei Arbeitslosigkeit	78
Leistungen zur Förderung der Aufnahme einer		Arbeitslosengeld	78
selbständigen Tätigkeit	66	<i>Zielsetzung und Grundformen des Arbeits-</i>	
<i>Gründungszuschuss</i>	66	<i>losengeldes</i>	78
Leistungen zur Teilhabe behinderter Menschen	67	<i>Voraussetzungen des Anspruchs bei Arbeits-</i>	
Leistungen der Bundesagentur für Arbeit	67	<i>losigkeit</i>	78
<i>Maßnahmekosten</i>	67	<i>Arbeitslosigkeit</i>	78
<i>Unterhaltssichernde Leistungen</i>	67	<i>Beschäftigungslosigkeit</i>	78
<i>Ergänzende Leistungen</i>	67	<i>Eigenbemühungen</i>	78
<i>Allgemeine Leistungen</i>	68	<i>Verfügbarkeit</i>	78
<i>Besondere Leistungen</i>	68	<i>Zumutbarkeit</i>	79
<i>Übergangsgeld</i>	68	<i>Persönliche Arbeitslosmeldung</i>	80
<i>Höhe des Übergangsgeldes</i>	68	<i>Anwartschaftszeit</i>	80
<i>Ausbildungsgeld</i>	69	<i>Dauer des Anspruchs</i>	81
<i>Leistungen an Arbeitgeber</i>	69	<i>Anspruchsvoraussetzungen bei beruflicher</i>	
Leistungen zur Erhaltung und Schaffung		<i>Weiterbildung</i>	81
von Arbeitsplätzen	69	<i>Bemessungsgrundlage</i>	81
		<i>Höhe des Arbeitslosengeldes</i>	82

Inhaltsverzeichnis

Minderung des Arbeitslosengeldes, Zusammen- treffen des Anspruchs auf Arbeitslosengeld mit sonstigem Einkommen und Ruhen des Anspruchs	82	Das Territorialitätsprinzip	96
<i>Minderung des Arbeitslosengeldes</i>	82	<i>Aus- und Einstrahlung</i>	97
<i>Ruhen bei Arbeitsentgelt und Urlaubsabgeltung</i>	82	<i>Über- und zwischenstaatliches Recht, Sozial- versicherung in der Europäischen Union</i>	99
<i>Ruhen bei Entlassungsschädigungen</i>	82	Beschäftigung und selbständige Tätigkeit	100
<i>Anrechnung von Nebeneinkommen</i>	83	Versicherter Personenkreis	100
<i>Ruhen bei anderen öffentlich-rechtlichen Leistungen</i>	83	Begriff der Beschäftigung	101
<i>Ruhen bei Sperrzeiten</i>	83	Beschäftigung und Arbeitsverhältnis	101
<i>Ruhen bei Arbeitskämpfen</i>	84	Selbständige Tätigkeit	104
Teilarbeitslosengeld	84	Berufsbildung und Betriebliche Berufsbildung	105
Altersteilzeitförderung (Altersteilzeitgesetz)	84	Freiwilligkeit der Beschäftigung	106
<i>Ziel der Altersteilzeit</i>	84	Besondere Formen der Beschäftigung	106
<i>Funktionen der Altersteilzeit</i>	84	Geringfügige Beschäftigung	106
<i>Voraussetzungen der Altersteilzeit</i>	85	<i>Beschäftigung in der Gleitzone</i>	110
<i>Arbeitszeitvereinbarung</i>	85	<i>Beschäftigung während Zeiten der Freistellung von der Arbeitsleistung (flexible Arbeitszeiten)</i>	112
<i>Aufstockungsbeträge</i>	85	<i>Vermutung von Beschäftigung – sogenannte Scheinselbständigkeit</i>	115
<i>Zusätzliche Rentenversicherungsbeiträge</i>	85	<i>Unständig Beschäftigte</i>	116
<i>Voraussetzungen der Förderung</i>	86	Beschäftigungsort und besondere Personen- kreise in der Sozialversicherung	117
<i>Insolvenzversicherung</i>	86	Beschäftigungsort	117
<i>Soziale Sicherung</i>	87	<i>Heimarbeiter und Hausgewerbetreibende</i>	117
Insolvenzgeld	87	<i>Seeleute</i>	117
Organisation und Aufsicht	88	<i>Besondere Personengruppen im versicherten Personenkreis der Sozialversicherung</i>	118
Finanzierung	88	Arbeitsentgelt und Arbeitseinkommen, Leistungen und Beiträge	121
Beiträge	88	Arbeitsentgelt	121
<i>Bemessung des Beitrags</i>	89	Arbeitseinkommen	121
<i>Beitragshöhe</i>	89	Sachbezüge	122
Umlage	89	Einnahmen bei flexibler Arbeitszeitregelung	122
Kostenübernahme durch den Bund	89	Einmalzahlungen	122
4 SOZIALGESETZBUCH		Bezugsgröße	123
4. BUCH		Einführung des Euro	123
GEMEINSAME VORSCHRIFTEN	91	Gesamtsozialversicherungsbeitrag	123
Überblick	91	Sozialversicherungsbeiträge	124
Entstehung und Aufgabe der gemeinsamen Vorschriften	92	Beitragszuschüsse	126
Gemeinsame Vorschriften	93	Beitragseinzug und Prüfung	126
Begriff der Sozialversicherung	94	Haushaltsscheck	127
Gemeinsame Grundsätze, Begriffe und Verfahren in der Sozialversicherung	94	Meldepflichten, Prüfungen und Kontroll- mechanismen	127
Geltungsbereich und Umfang der Sozial- versicherung	94	Meldepflichten des Arbeitgebers	127
<i>Die Versicherungszweige der Sozial- versicherung</i>	94	Sonstige Pflichten der Arbeitgeber und der Beschäftigten	129
<i>Versicherungspflicht und Versicherungs- berechtigung</i>	95	Sozialversicherungsausweis	129
		Bußgeldvorschriften und Haftungsfragen	130

Haushalts- und Rechnungswesen	130	Vorläufiger Endpunkt: Die Gesundheitsreform	146
Sozialbudget	130	Rechtsgrundlagen der gesetzlichen Kranken-	
Haushalte der Sozialversicherungsträger	130	versicherung	146
<i>Haushalts- und Rechnungslegungsvorschriften</i>		Aufgaben und Grundzüge der Kranken-	
<i>für die Sozialversicherung</i>	131	versicherung	146
<i>Aufbau der Haushaltspläne</i>	131	Krankenversicherungsschutz der Bevölkerung	146
<i>Gestaltung des Haushaltsplans durch die</i>		Aufgaben der Krankenversicherung	147
<i>Selbstverwaltung</i>	132	Krankheit und Gesundheit	147
<i>Staatliche Verantwortung für die Haushalte</i>		Strukturprinzipien der gesetzlichen Kranken-	
<i>der Sozialversicherungsträger</i>	132	versicherung	149
<i>Ausführung des Haushaltsplans</i>	132	<i>Das Sachleistungsprinzip</i>	149
<i>Rechnungsabschluss, Jahresrechnung und</i>		<i>Das Solidaritätsprinzip</i>	149
<i>Entlastung</i>	133	<i>Das Selbstverwaltungsprinzip</i>	150
Vermögenswirtschaft der Sozial-		<i>Das Prinzip der gegliederten Kranken-</i>	
versicherungsträger	133	<i>versicherung</i>	150
Verwaltung der Mittel	133	Die Gesundheitsreform	150
Vermögensarten in der Sozialversicherung,		Notwendige Kostendämpfung im Gesundheits-	
Betriebsmittel	134	wesen	151
Rücklagen	135	Notwendigkeit der Gesundheitsreform	152
Verwaltungsvermögen	135	Rechtspolitische Ziele	153
Anlegung des Vermögens	135	Neukodifizierung des Rechts der Kranken-	
Genehmigungsbedürftige Vermögensanlagen	136	versicherung	154
Übergangsregelungen für die neuen		Auswirkungen des Gesundheits-Reformgesetzes	154
Bundesländer	136	Das Gesundheitsstrukturgesetz	154
5 SOZIALGESETZBUCH		Sofortmaßnahme: Budgetierung der wichtigsten	
5. BUCH		Leistungsbereiche	155
KRANKENVERSICHERUNG	139	Strukturelle Veränderungen	155
Überblick	139	Finanzielle Entwicklung der GKV seit den	
Gesetzliche Krankenversicherung als Teil		90er Jahren	157
der Gesundheitspolitik	139	Beitragsentlastungsgesetz und die beiden	
Zur Geschichte der gesetzlichen Kranken-		GKV-Neuordnungsgesetze	157
versicherung	141	Das GKV-Solidaritätsstärkungsgesetz	157
Über 125 Jahre alt	141	Die GKV-Gesundheitsreform 2000 und das	
Weiterentwicklung durch die Reichs-		Gesetz zur Rechtsangleichung in der GKV	157
versicherungsortnung	141	GKV-Modernisierungsgesetz	160
Rechtsentwicklung in der Weimarer Republik	142	GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz	162
Beziehungen zu Kassenärzten	142	Das Gesetz zur Weiterentwicklung der	
Führerprinzip und Vereinheitlichung	142	Organisationsstrukturen in der gesetzlichen	
Rechtszersplitterung nach 1945	142	Krankenversicherung (GKV-OrgWG)	163
Wiederherstellung und Neubeginn	143	Gesetz zum ordnungspolitischen Rahmen	
Gescheiterte Krankenversicherungsreformen	143	der Krankenhausfinanzierung ab dem	
Schwerpunktverlagerung durch Lohnfortzahlung	143	Jahr 2009 (KHRG)	164
Erweiterung des versicherten Personenkreises	143	Konjunkturpolitische Maßnahmen	164
Verbesserung des Leistungsrechtes	144	Gesetzgebung in der 17. Legislaturperiode	
Kostendämpfungspolitik	144	ab 2010	164
Ausdehnung auf die neuen Länder	145	Finanzentwicklung seit Ende der 90er Jahre	166
		Finanzentwicklung nach Inkrafttreten des	
		GKV-Modernisierungsgesetzes	166
		Versicherter Personenkreis	172

Inhaltsverzeichnis

Versicherungspflicht	172	<i>Basistarif</i>	191
Versicherungsfreiheit	174	<i>Kein Zuschuss für Beamte</i>	191
Befreiung von der Versicherungspflicht	175	Sonstige beitragsrechtliche Regelungen	191
Freiwillige Versicherung	175	<i>Das Umlageverfahren nach dem</i>	
Familienversicherung	176	<i>Aufwendungsausgleichsgesetz</i>	191
Versicherung und Mitgliedschaft	176	<i>Verfahren U 1</i>	192
		<i>Verfahren U 2</i>	193
		<i>Durchführung der Umlageverfahren U 1</i>	
		<i>und U 2</i>	193
Finanzierung durch Krankenversicherungsbeiträge	177	Das Leistungsrecht	193
Gesundheitsfonds	177	Grundprinzipien	193
Weiterentwicklung der Zusatzbeiträge	177	<i>Wirtschaftlichkeitsgebot</i>	193
Ausgleich von Einnahmen und Ausgaben	177	<i>Sachleistungen – Kostenerstattung</i>	194
Grundprinzipien des Beitragsrechts	178	Voraussetzung der Inanspruchnahme von	
Beitragsbemessungsgrenze	178	Leistungen	195
Beitragspflichtige Einnahmen versicherungspflichtiger Beschäftigter	178	Erlöschen des Leistungsanspruchs	195
Beitragspflichtige Einnahmen versicherungspflichtiger Rentner	179	Leistungen bei Selbstverschulden	195
<i>Rente und Arbeitsentgelt</i>	179	Leistungen bei Behandlungen im Ausland	195
<i>Eigene Rente und Witwen- und Witwerrente</i>	179		
<i>Rente und Versorgungsbezüge</i>	179	Die Leistungen der Krankenversicherung im Einzelnen	198
Beitragspflichtige Einnahmen freiwilliger Mitglieder	180	Medizinische Vorsorgeleistungen	198
<i>Allgemeine Mindestbemessungsgrundlage</i>	180	<i>Schutzimpfungen</i>	199
Beitragspflichtige Einnahmen der Selbständigen	181	<i>Untersuchungen zur Früherkennung von</i>	
<i>Grundsätze</i>	181	<i>Krankheiten</i>	199
<i>Wandergesellen</i>	182	Krankenbehandlung	200
<i>Anwartschaftsversicherung freiwillig</i>		<i>Überblick</i>	200
<i>Versicherter</i>	182	<i>Ärztliche Behandlung</i>	200
Beitragsfreie Einnahmen und Beitragsfreiheit	183	<i>Versorgung mit Arznei-, Verband-, Heil- und Hilfsmitteln</i>	201
<i>Bezug von Kranken-, Mutterschaftsgeld, Erziehungs- oder Elterngeld</i>	183	<i>Häusliche Krankenpflege</i>	202
<i>Beitragssatz</i>	183	<i>Soziotherapie</i>	202
<i>Allgemeiner und ermäßigter Beitragssatz</i>	184	<i>Spezialisierte ambulante Palliativversorgung</i>	203
<i>Beitragssatz für Studenten und Praktikanten</i>	184	<i>Haushaltshilfe</i>	203
<i>Beitragssatz für Bezieher von Arbeitslosengeld II</i>	184	<i>Krankenhausbehandlung</i>	203
<i>Beitragssatz aus der Rente</i>	184	<i>Hospizversorgung</i>	203
<i>Beitragssatz aus Versorgungsbezügen und Arbeitseinkommen</i>	185	<i>Medizinische Rehabilitationsmaßnahmen und sonstige Leistungen zur Rehabilitation</i>	205
<i>Kassenindividueller einkommensunabhängiger Zusatzbeitrag und Sozialausgleich</i>	185	Krankengeld	207
<i>Zusätzlicher Beitragssatz nach § 241a SGB V a. F.</i>	187	Leistungen bei Schwangerschaft und Mutterschaft	209
<i>Tragung der Beiträge</i>	188	<i>Sonstige Hilfen</i>	210
Für einige Personengruppen gibt es Besonderheiten	188	<i>Leistungen zur künstlichen Befruchtung</i>	210
Freiwillig Versicherte im Ruhestand	189	<i>Fahrkosten</i>	210
Beiträge bei längerem Auslandsaufenthalt	190	Zuzahlungen, Belastungsgrenze	211
Beitragszuschüsse	190	<i>Zu den Befreiungsmöglichkeiten / Belastungsgrenzen im Einzelnen</i>	211
<i>Arbeitgeberzuschuss für Beschäftigte</i>	190	<i>Heranziehung des Familienbruttoeinkommens</i>	212
<i>Standardtarif</i>	191	<i>Besonderheiten bei chronisch Kranken</i>	213
		<i>Besonderheiten bei Sozialhilfeempfängern und anderen Personengruppen</i>	214

Bonusregelung	214	<i>Hausärztliche Versorgung</i>	232
Wahltarife	214	<i>Sorgfalt und Haftung des Arztes</i>	232
Ökonomische Steuerung im System der gesetzlichen Krankenversicherung	216	<i>Fortbildungspflicht in der ambulanten ärztlichen Versorgung</i>	233
Grundsatzfragen der ökonomischen Steuerung	216	<i>Bedarfsplanung</i>	233
<i>Gesundheitspolitische Prioritäten und effiziente Mittelverwendung</i>	216	<i>Arztdichte</i>	233
<i>Ordnungspolitische Alternativen: Marktsteuerung und staatliche Regulierung</i>	217	<i>Zulassungsbeschränkungen</i>	233
Steuerung der Gesundheitsausgaben	217	<i>Ärztemangel</i>	233
<i>Zur Flexibilisierung der globalen Ausgabensteuerung</i>	217	<i>Praxisübergabe</i>	233
<i>Angebots- und nachfrageorientierte Steuerungs- und Wettbewerbsansätze</i>	218	<i>Altersgrenze für Vertragsärzte</i>	234
Kosten- und Leistungstransparenz, Datenschutz	219	<i>Integration der Psychotherapeuten</i>	234
<i>Datentransparenz</i>	219	<i>Ärztliche Vergütung</i>	234
<i>Krankenversichertenkarte</i>	219	Integrierte Versorgung	239
<i>Auskünfte an Versicherte</i>	219	Strukturverträge/Modellvorhaben	241
<i>Datenschutz</i>	220	<i>Strukturverträge</i>	241
<i>Sachverständigenrat zur Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen</i>	220	<i>Modellvorhaben</i>	241
Gemeinsamer Bundesausschuss	222	<i>Vermittlung von Zusatzversicherungen</i>	241
Medizinische Qualitätssicherung	223	Die zahnmedizinische Versorgung	242
Ziele und Merkmale	223	<i>Ausgaben für die zahnmedizinische Versorgung</i>	242
Gesetzliche Regelungen	223	<i>Zahnmedizinisches Prophylaxesystem</i>	243
Strukturierte Behandlungsprogramme	225	<i>Herausforderungen bei der Prophylaxe und Vorsorge</i>	245
Gesetzliche Regelungen	225	<i>Qualitätssicherung in der Zahnmedizin</i>	245
Ziele und Merkmale	226	<i>Leistungsanspruch auf zahnärztliche Behandlung</i>	246
Die Versorgungsbereiche	227	<i>Leistungsanspruch bei Füllungen</i>	247
Prävention und Gesundheitsförderung,		<i>Befundbezogene Festzuschüsse bei Zahnersatz</i>	247
Betriebliche Gesundheitsförderung,		<i>Zahnersatz bzw. Zahntechnik aus dem Ausland</i>	249
Selbsthilfeförderung	227	<i>Kieferorthopädische Behandlung</i>	250
Mutterschaftshilfe	228	<i>Implantate und implantatgetragener Zahnersatz</i>	251
<i>Krankheitsfrüherkennung im Säuglings-, Kleinkind- und Jugendalter</i>	228	<i>Praxisgebühr</i>	252
<i>Krebsfrüherkennungsuntersuchungen</i>	229	<i>Versorgung durch Selektivverträge</i>	252
<i>Gesundheitsuntersuchungen</i>	229	<i>Degressiver Punktwert</i>	252
Die ambulante ärztliche Versorgung	230	<i>Neuregelungen des GKV-Finanzierungsgesetzes</i>	253
<i>Grundzüge des Vertragsarztrechts</i>	230	<i>Neuere Rechtsprechung zur Teilnahme von Zahnärzten an Preisvergleichsportalen</i>	254
<i>Das Verhältnis Versicherter / Krankenkasse</i>	230	Arzneimittel	254
<i>Das Verhältnis Versicherter / Arzt</i>	230	<i>Leistungsansprüche der Versicherten</i>	254
<i>Das Verhältnis Vertragsarzt / Kassenärztliche Vereinigung</i>	230	<i>Zuzahlung zu Arzneimitteln</i>	255
<i>Das Verhältnis Krankenkasse / Kassenärztliche Vereinigung</i>	230	<i>Begrenzung der erstattungsfähigen Preise</i>	256
<i>Richtlinien des Gemeinsamen Bundesausschusses</i>	231	<i>Festbeträge für Arzneimittel</i>	257
<i>Zur ambulanten ärztlichen Behandlung berechnete Leistungserbringer</i>	231	<i>Erstattungsbeträge für Arzneimittel mit neuen Wirkstoffen</i>	259
		<i>Preise für Impfstoffe</i>	260
		<i>Gesetzliche Rabatte</i>	260
		<i>Zuzahlungsfreistellung</i>	261
		<i>Rabattvereinbarungen zwischen Krankenkassen und pharmazeutischen Unternehmen</i>	261

Leistungen der Rentenversicherung	325	<i>Der nach dem RV-Altersgrenzenanpassungs-</i>	
Leistungen zur Rehabilitation	325	<i>gesetz vorgesehene Vertrauensschutz bei</i>	
Rentenarten und die Voraussetzungen für einen		<i>der Anhebung der Altersgrenzen</i>	346
Rentenanspruch	330	<i>Die nach dem RV-Altersgrenzenanpassungs-</i>	
Bedeutung der Rente der gesetzlichen Renten-		<i>gesetz vorgesehenen Auswirkungen der</i>	
versicherung für die Altersversorgung der		<i>Altersgrenzenanhebung auf die Renten</i>	
heutigen Rentnergeneration	330	<i>wegen Erwerbsminderung</i>	348
Renten wegen Alters	332	<i>Die nach dem RV-Altersgrenzenanpassungs-</i>	
Die Regelaltersrente	333	<i>gesetz vorgesehenen Auswirkungen der</i>	
Die Altersrente für besonders langjährig		<i>Altersgrenzenanhebung auf die Witwen-</i>	
Versicherte	334	<i>und Witwerrenten</i>	348
Die Altersrente für langjährig Versicherte	334	<i>Der Berichtsauftrag an die Bundesregierung</i>	
Die Altersrente für schwerbehinderte Menschen	335	<i>über die Anhebung der Regelaltersgrenze</i>	
Die Altersrente wegen Arbeitslosigkeit oder		<i>nach dem RV-Altersgrenzenanpassungs-</i>	
nach Altersteilzeitarbeit	337	<i>gesetz vom 17. November 2010</i>	348
Die Altersrente für Frauen	338	Teilrente und Hinzuverdienst	350
Altersrente und Hinzuverdienst	339	<i>Kündigungsschutz beim Übergang in den</i>	
Rentenabschläge bei Inanspruchnahme einer		<i>Ruhestand</i>	352
Altersrente vor dem 65. Lebensjahr	340	Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit	353
Der Werdegang der Gesetzgebung zur Anhebung		Sachgerechte Risikoverteilung zwischen Renten-	
der Altersgrenzen im Überblick	340	versicherung und Bundesagentur für Arbeit	356
<i>Rentenreformgesetz, 1992</i>	340	Vertrauensschutz bei Berufsunfähigkeit	356
<i>Gesetz zur Förderung eines gleitenden</i>		Die versicherungsrechtlichen Voraussetzungen	
<i>Übergangs in den Ruhestand</i>	341	für die Renten wegen Erwerbsminderung	357
<i>Wachstums- und Beschäftigungsförderungs-</i>		Bezugsdauer bei Renten wegen Erwerbs-	
<i>gesetz (WFG)</i>	341	minderung	358
<i>Rentenreformgesetz, 1999</i>	342	Höhe der Renten wegen verminderter	
<i>Gesetz zur Reform der Renten wegen</i>		Erwerbsfähigkeit	358
<i>verminderter Erwerbsfähigkeit</i>	343	<i>Zusammentreffen von Renten wegen vermin-</i>	
<i>Gesetz zur Sicherung der nachhaltigen</i>		<i>derter Erwerbsfähigkeit mit Einkommen</i>	361
<i>Finanzierungsgrundlagen der gesetzlichen</i>		Übergangs- und Vertrauensschutzregelungen	
<i>Rentenversicherung (RV-Nachhaltigkeits-</i>		bei den Renten wegen Erwerbsminderung	363
<i>gesetz)</i>	343	Renten wegen Todes	364
<i>Gesetz zur Anpassung der Regelaltersgrenze</i>		<i>Witwen- und Witwerrenten</i>	364
<i>an die demografische Entwicklung und zur</i>		<i>Erziehungsrenten</i>	365
<i>Stärkung der Finanzierungsgrundlagen der</i>		<i>Waisenrenten</i>	365
<i>gesetzlichen Rentenversicherung (RV-Alters-</i>		Änderungen in der Hinterbliebenenversorgung	
<i>grenzenanpassungsgesetz)</i>	344	durch das Altersvermögens-Ergänzungsgesetz	
<i>Änderungen bei der Regelaltersrente nach</i>		aus dem Jahr 2001	365
<i>dem RV-Altersgrenzenanpassungsgesetz</i>	345	Rentensplitting unter Ehegatten	366
<i>Änderungen bei der Altersrente für langjährig</i>		Lange Übergangsfristen für die Anwendung	
<i>Versicherte nach dem RV-Altersgrenzen-</i>		des neuen Hinterbliebenenrentenrechts	368
<i>anpassungsgesetz</i>	345	Erstreckung des Rechts der Hinterbliebenen-	
<i>Änderungen bei der Altersrente für schwer-</i>		versorgung auf eingetragene Lebenspartner-	
<i>behinderte Menschen nach dem RV-Alters-</i>		schaften	368
<i>grenzenanpassungsgesetz</i>	345	Wartezeit	368
<i>Die Altersgrenzen bei der Altersrente wegen</i>		Rentenrechtliche Zeiten	369
<i>Arbeitslosigkeit und nach Altersteilzeitarbeit</i>		Beitragszeiten	369
<i>und bei der Altersrente für Frauen nach</i>		Beitragsfreie Zeiten	369
<i>dem Inkrafttreten des RV-Altersgrenzen-</i>			
<i>anpassungsgesetzes</i>	346		

Inhaltsverzeichnis

<i>Anrechnungszeiten</i>	369	Fortschreibung des aktuellen Rentenwerts nach dem im Jahr 2004 beschlossenen Gesetz zur nachhaltigen Sicherung der Finanzierungsgrundlagen in der gesetzlichen Rentenversicherung	404
<i>Zurechnungszeit</i>	372	Schutzklausel zur Vermeidung von Rentenkürzungen	406
<i>Ersatzzeiten</i>	373	<i>Schutzklausel zur Vermeidung von Rentenkürzungen durch die Anwendung der Dämpfungsfaktoren</i>	406
<i>Beitragsgeminderte Zeiten</i>	374	<i>Modifizierung der Schutzklausel zur Vermeidung von Rentenkürzungen durch die Anwendung der Dämpfungsfaktoren</i>	406
Berücksichtigungszeiten wegen Kindererziehung und wegen häuslicher Pflege	374	<i>Erweiterung der Schutzklausel zur Vermeidung von Rentenkürzungen</i>	408
Rentenberechnung	375	Die seit dem Jahr 2004 vorgenommenen Änderungen bei der Bestimmung der für die Rentenanpassung maßgebenden Lohnentwicklung	409
Versicherungsnummer, Versicherungskonto, Rentenauskunft	375	<i>Korrektur der Bruttolohn- und Gehaltssumme nach der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung durch die beitragspflichtige Bruttolohn- und Gehaltssumme</i>	409
Aufbau der Berechnung einer Versichertenrente	376	<i>Bereinigung der Lohnentwicklung nach der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung um die Wirkung des Zusatzjobs gegen Mehraufwandsentschädigung („Ein-Euro-Jobber“)</i>	410
Ermittlung der Entgeltpunkte für Beitragszeiten	377	Die aktuell geltende Formel für die Fortschreibung des aktuellen Rentenwerts	411
<i>Kindbezogene Höherbewertung von Pflichtbeitragszeiten</i>	380	Die ab dem Jahr 2014 geltende Formel für die Fortschreibung des aktuellen Rentenwerts	411
<i>Ermittlung der Entgeltpunkte aus einem durchgeführten Rentensplitting unter Ehegatten</i>	382	Rentanpassung als Dynamisierungsverbund	411
<i>Ermittlung der Entgeltpunkte aus den pauschalen Arbeitgeberbeiträgen für Entgelte aus geringfügiger Beschäftigung</i>	383	Auswirkungen der um den Nachhaltigkeitsfaktor ergänzten Rentenanpassungsformel auf das Rentenniveau	412
<i>Ermittlung der Entgeltpunkte für beitragsfreie und beitragsgeminderte Zeiten</i>	383	<i>Das Sicherungsniveau vor Steuern</i>	412
<i>Begrenzte Gesamtleistungsbewertung</i>	385	Förderung der zusätzlichen kapitalgedeckten Altersvorsorge	413
<i>Anrechnungszeiten ohne Bewertung</i>	385	Geförderter Personenkreis	413
<i>Erhöhung des Gesamtleistungswerts durch Zeiten der Berufsausbildung</i>	386	Grundsätze der Förderung	414
Zugangsfaktor (persönliche Entgeltpunkte)	389	Förderfähige Anlageformen	416
Rentenartfaktor	391	Einbeziehung von Wohneigentum	416
Aktueller Rentenwert	391	Förderkonzept	416
<i>Bestimmung des aktuellen Rentenwerts zum 1. Januar 1992</i>	391	Höhe der Zulage	417
<i>Fortschreibung des aktuellen Rentenwerts seit dem 1. Januar 1992</i>	391	<i>Beispiele für Förderquoten und den Anteil eigener Aufwendungen</i>	418
Berechnung der Witwen- und Witwerrenten	393	Sicherheit der staatlich geförderten zusätzlichen Altersvorsorge in der Finanzkrise	418
<i>Anrechnung von Einkommen bei Witwen- und Witwerrenten</i>	394	<i>Schutz durch Nominalwertzusage</i>	418
Berechnung der Waisenrenten	397		
Rentanpassung	398		
Fortschreibung des aktuellen Rentenwerts nach dem Rentenreformgesetz 1992	399		
Fortschreibung des aktuellen Rentenwerts nach dem Rentenreformgesetz 1999	399		
Fortschreibung des aktuellen Rentenwerts nach dem im Jahr 2001 beschlossenen Altersvermögens-Ergänzungsgesetz	401		
<i>Zeitliche Streckung des in 0,5-Prozentschritten steigenden Altersvorsorgeanteils bis zum Jahr 2012</i>	402		
<i>Auswirkung der mit dem Altersvermögensgesetz eingeführten Anpassungsformel auf das Nettorentenniveau</i>	403		

<i>Schutz durch Finanzaufsicht</i>	418	Beitragsersatzung	458
<i>Schutz der Sparere bei Konkurs</i>	418	Beteiligung des Bundes an der Finanzierung der Rentenversicherung	459
Stärkung der betrieblichen Altersversorgung	420	<i>Allgemeiner Bundeszuschuss</i>	459
Zusammentreffen von Renten und Leistungen aus der Unfallversicherung	420	<i>Zusätzlicher Bundeszuschuss</i>	461
Beginn, Ende und Zahlung der Renten	421	<i>Senkung der Lohnnebenkosten durch die ökologische Steuer- und Abgabenreform</i>	461
Fremdrentenrecht	422	<i>Der Erhöhungsbetrag zum zusätzlichen Bundeszuschuss</i>	462
Auslandsrentenrecht	425	<i>Erstattungen des Bundes</i>	463
Leistungen für Kindererziehung	426	<i>Liquiditätshilfe des Bundes</i>	463
Versorgungsausgleich	428	<i>Finanzausgleich</i>	463
Krankenversicherung der Rentner	433	Besonderheiten für bestimmte Personengruppen	464
Pflegeversicherung der Rentner	436	<i>Sonderregelungen für Bergleute</i>	464
Besteuerung der Renten	437	<i>Sonderregelungen für selbständig Tätige</i>	468
Vermeidung von Armut im Alter und bei voller Erwerbsminderung	438	<i>Arbeitnehmerähnliche Selbständige</i>	468
Organisation der gesetzlichen Renten- versicherung	439	<i>Selbständig tätige Lehrer</i>	469
Träger der gesetzlichen Rentenversicherung	442	<i>Selbständig tätige Handwerker</i>	469
Finanzierung	443	<i>Bezirksschornsteinfegermeister</i>	470
Deckungsverfahren	443	<i>Hausgewerbetreibende</i>	470
Rentenversicherungsbericht und Sozialbeirat	445	<i>Beitragsbemessungsgrundlage bei selbständig Tätigen</i>	470
Höhe der Beiträge	445	<i>Leistungsrechtliche Besonderheiten bei selbständig Tätigen</i>	471
Festsetzung des Beitragssatzes	446	<i>Versicherungs- und Beitragspflicht für Empfänger von Lohnersatz- und Sozialleistungen</i>	471
Verstetigung der Beitragssatzfestsetzung	447	<i>Anrechnung und Bewertung von Zeiten des Bezugs von Lohnersatzleistungen</i>	472
<i>Die Festsetzung des Beitragssatzes ab dem Jahr 2007</i>	448	<i>Überblick über die Besonderheiten bei der rentenrechtliche Behandlung und Bewertung von Zeiten der Arbeits- losigkeit seit 1957</i>	473
Beitragsbemessungsgrundlagen	448	Behinderte Menschen	475
<i>Höchstbeiträge</i>	448	Jugendliche, die für eine Erwerbstätigkeit befähigt werden sollen	476
<i>Mindestbeiträge</i>	450	Ordensleute	476
<i>Pflichtbeitrag für versicherungspflichtig Beschäftigte</i>	450	Pflegepersonen	476
<i>Pflichtbeiträge aus Arbeitsentgelten bis 800 Euro</i>	450	Wehr- und Zivildienstleistende	477
<i>Pauschalbeitrag bei geringfügiger Beschäftigung</i>	453	Entwicklungshelfer und andere im Ausland beschäftigte Deutsche	478
<i>Beitragsbemessungsgrundlage bei Alters- teilzeitarbeit</i>	454	Seeleute	478
Sonderregelungen zu den Beitragsbemessungs- grundlagen für bestimmte Personengruppen	454	Ehrenamtlich Tätige	479
<i>Beitragsbemessungsgrundlage bei Wehr-/ Zivildienstleistenden</i>	454	Verfolgte des Nationalsozialismus	479
<i>Beitragsbemessungsgrundlage bei Beziehern von Lohnersatzleistungen</i>	455	Verfolgte des DDR-Regimes	480
<i>Beitragsbemessungsgrundlage bei selbständig Tätigen</i>	456	Beratung und Auskunft	481
<i>Tragung der Beiträge</i>	456	Verbesserter Auskunftsservice durch die Rentenversicherungsträger	481
<i>Abführung der Beiträge</i>	456	Auskunfts- und Beratungsstellen	481
<i>Zahlung zusätzlicher Beiträge zum Ausgleich von Rentenminderungen bei vorzeitiger Inanspruchnahme einer Altersrente</i>	457	Übergangsregelungen für die neuen Bundes- länder	482

Inhaltsverzeichnis

Grundsätze der Rentenüberleitung auf die neuen Bundesländer	482	<i>Getrennte Ermittlung der Entgeltpunkte für Versicherungszeiten in den alten und neuen Bundesländern</i>	503
Versicherter Personenkreis	483	<i>Die Umwertung der am 31. Dezember 1991 in den neuen Bundesländern gezahlten Renten</i>	504
Befreiung von der Versicherungspflicht	484	<i>Besitzschutz für Rentner in den neuen Bundesländern, die bereits am 31. Dezember 1991 eine Rente bezogen haben</i>	504
<i>Versicherungsfreiheit kraft Gesetzes</i>	484	<i>Neufeststellung der am 31. Dezember 1991 gezahlten Renten von ehemaligen Angehörigen der Zusatz- und Sonderversorgungssysteme der DDR</i>	505
Nachversicherung	484	<i>Besitzschutz für Rentner, die ehemals Zusatz- oder Sonderversorgungssystemen der DDR angehört haben und am 31. Dezember 1991 bereits Renten bezogen haben</i>	505
Leistungen der Rentenversicherung	485	<i>Begrenzung der Zahlbeträge bei Zugehörigkeit zu einem Zusatz- oder Sonderversorgungssystem</i>	505
<i>Renten wegen Alters</i>	485	<i>Vertrauensschutzregelungen</i>	507
<i>Teilrente und Hinzuverdienst bei Renten wegen Alters</i>	485	<i>Vertrauensschutzregelung bei Zugehörigkeit zu einem ehemaligen Zusatz- oder Sonderversorgungssystem der DDR</i>	507
<i>Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit</i>	486	<i>Herstellung eines gleich hohen Rentenniveaus in den neuen und alten Bundesländern</i>	508
<i>Zusammentreffen von Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit mit in den neuen Bundesländern erzieltm Einkommen</i>	488	<i>Die Bestimmung des aktuellen Rentenwerts (Ost)</i>	509
<i>Renten wegen Todes</i>	488	<i>Anpassung der Renten in den neuen Bundesländern</i>	509
<i>Erziehungsrente</i>	489	<i>Rentenanpassungen in den Jahren 1992 bis 1999</i>	509
<i>Waisenrenten</i>	490	<i>Rentenanpassung im Jahr 2000</i>	510
Rentenrechtliche Zeiten	490	<i>Rentenanpassungen ab dem Jahr 2001</i>	510
<i>Beitragszeiten</i>	490	<i>Die Angleichung des aktuellen Rentenwerts (Ost) an den aktuellen Rentenwert</i>	512
<i>Kindererziehungszeiten</i>	490	<i>Besonderheiten bei der Anpassung der Renten</i>	514
<i>Anrechnungszeiten</i>	491	<i>Ausgestaltung des Nachhaltigkeitsfaktors</i>	514
<i>Ersatzzeiten</i>	491	<i>Die Schutzklauseln bei der Anpassung des aktuellen Rentenwerts (Ost)</i>	514
Rentenberechnung	491	<i>Zusammentreffen von Renten und Leistungen aus der Unfallversicherung</i>	516
<i>Ermittlung der Entgeltpunkte für Beitragszeiten</i>	492	<i>Fremdrentenrecht</i>	517
<i>Die für die Rentenberechnung zu berücksichtigenden Entgelte</i>	493	<i>Leistungen für Kindererziehung</i>	518
<i>Zu berücksichtigende Entgelte für Beschäftigte der Deutschen Reichsbahn und der Deutschen Post</i>	494	<i>Versorgungsausgleich</i>	519
<i>Berücksichtigung der neben dem Bezug von Invalidenrenten erzielten Entgelte</i>	495	<i>Krankenversicherung der Rentner</i>	520
<i>Berücksichtigung von Entgelten, die nicht nachgewiesen werden können</i>	495	<i>Besondere Regelungen für bestimmte Personengruppen</i>	521
<i>Vertrauensschutz für Übersiedler</i>	496	<i>Verfolgte des DDR-Regimes</i>	521
<i>Freiwillige Beiträge nach der Verordnung vom 28. Januar 1947</i>	497	<i>Berechtigte nach dem Pensionsstatut Carl-Zeiss Jena</i>	523
<i>Freiwillige Beiträge nach der Verordnung vom 15. März 1968</i>	497		
<i>Entgeltpunkte bei verminderter Erwerbsfähigkeit vor Erfüllung der Voraussetzungen für einen Anspruch auf voller Erwerbsminderungsrente</i>	497		
<i>Entgeltpunkte für Zeiten der Zugehörigkeit zu einem Zusatz- bzw. Sonderversorgungssystem der ehemaligen DDR</i>	497		
<i>Zusatzversorgungssysteme der ehemaligen DDR</i>	498		
<i>Sonderversorgungssysteme der ehemaligen DDR</i>	499		
<i>Einkommensbegrenzungen im AAÜG für die Ermittlung von Entgeltpunkten</i>	500		

Finanzierung	523	Renten, Beihilfen, Abfindungen	544
<i>Beiträge</i>	523	<i>Renten an Versicherte</i>	544
<i>Die Beitragsbemessungsgrenzen in den neuen Bundesländern</i>	524	Berechnungsgrundlage für die Renten	544
<i>Finanzverbund</i>	525	<i>Jahresarbeitsverdienst</i>	544
<i>Bundeszuschüsse</i>	525	Höhe der Rente	545
Rechtsschutz	525	<i>Beginn, Änderung und Ende von Renten</i>	545
		Abfindung von Renten	546
		Weitere Leistungen	546
		Leistungen an Hinterbliebene	546
		<i>Sterbegeld und Überführungskosten</i>	546
		Hinterbliebenenrenten	547
		<i>Witwen- und Witwerrente</i>	547
		<i>Abfindung der Witwenrente und der Witwerrente</i>	548
		<i>Waisenrente</i>	549
		<i>Elternrente</i>	549
		<i>Gemeinsame Vorschriften</i>	549
		Anpassung der Geldleistungen	549
		Organisation	549
		Allgemeines	549
		Die Unfallversicherungsträger	551
		<i>Gewerbliche Berufsgenossenschaften</i>	551
		<i>Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften</i>	551
		<i>Unfallversicherungsträger der öffentlichen Hand</i>	551
		<i>Bundesbereich</i>	551
		<i>Kommunaler Bereich</i>	552
		<i>Feuerwehr-Unfallkassen</i>	552
		Finanzierung	552
		Beiträge	552
		Lastenverteilung	553
		Beratungsstellen, Auskunft	554
		Allgemeines	554
		Beratung und Auskunft in der Unfallversicherung	554
		Rechtsschutz	555
		Rechtsquellen	555
		8 SOZIALGESETZBUCH	
		8. BUCH	
		KINDER- UND JUGENDHILFE	557
		Überblick	557
		Aufgabe und Bedeutung der Kinder- und Jugendhilfe	558
		Allgemeines	558
		Geschichte der Kinder- und Jugendhilfe	558
Finanzierung	523		
<i>Beiträge</i>	523		
<i>Die Beitragsbemessungsgrenzen in den neuen Bundesländern</i>	524		
<i>Finanzverbund</i>	525		
<i>Bundeszuschüsse</i>	525		
Rechtsschutz	525		
7 SOZIALGESETZBUCH			
7. BUCH			
UNFALLVERSICHERUNG	527		
Überblick	527		
Aufgabe der Unfallversicherung	528		
Allgemeines	528		
Entwicklung der Unfallversicherung	528		
Die Aufgaben im Einzelnen	529		
Unfallverhütung	529		
Bedeutung der Unfallverhütung	529		
Überbetrieblicher Arbeitsschutz	531		
<i>Gemeinsame Deutsche Arbeitsschutzstrategie (GDA)</i>	531		
<i>Der Aufsichtsdienst der Unfallversicherungsträger</i>	531		
<i>Staatliche Gewerbeaufsicht</i>	532		
<i>Innerbetrieblicher Arbeitsschutz</i>	533		
<i>Personenkreis</i>	534		
Versicherungspflicht	534		
<i>Versicherung kraft Gesetzes</i>	534		
<i>Versicherung kraft Satzung</i>	535		
Versicherungsfreiheit	536		
Freiwillige Versicherung	536		
Versicherungsfall und Versicherungsumfang	536		
Leistungen der Unfallversicherung	538		
Allgemeines	538		
Heilbehandlung, Teilhabe, Pflege und Geldleistungen	538		
Medizinische Leistungen	539		
<i>Heilbehandlung</i>	539		
Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben	540		
Leistungen zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft	540		
Ergänzende Leistungen	540		
Leistungen bei Pflegebedürftigkeit	541		
Geldleistungen während der Heilbehandlung und der beruflichen Rehabilitation	542		
<i>Verletztengeld</i>	542		
<i>Übergangsgeld</i>	543		
<i>Einkommensanrechnung, Erhöhung</i>	543		

Inhaltsverzeichnis

Entwicklung des SGB VIII seit 1990	560	Behinderte Menschen	581
Personenkreis	561	Leistungen zur Teilhabe	583
Nachrang	562	Prävention, Früherkennung und Frühförderung	588
Zusammenarbeit mit der freien Jugendhilfe	563	Leistungen zur medizinischen Rehabilitation	590
Spezifische Pflichten zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Gefahren für ihr Wohl	563	Grundsatz „Rehabilitation vor Pflege“	592
Die einzelnen Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe	564	Rehabilitationssport und Versehrten-leibesübungen	593
<i>Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe</i>	564	Bildung für behinderte Menschen	593
<i>Allgemeine Leistungen zur Förderung junger Menschen</i>	564	Berufsberatung	595
<i>Allgemeine Leistungen zur Förderung der Familie</i>	565	Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben	597
Beratung in Fragen der Partnerschaft sowie zur Ausübung der elterlichen Sorge nach Trennung und Scheidung	565	Besondere Hilfen für schwerbehinderte Menschen zur Teilhabe am Arbeitsleben	600
Gemeinsame Wohnformen für Mütter, Väter und Kinder	566	Werkstätten für behinderte Menschen	603
Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege	566	Leistungen zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft	604
Hilfen zur Erziehung	567	Aufklärung, Auskunft und Beratung	606
Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche	569	Geschichtliche Entwicklung	606
Hilfe für junge Volljährige	571	10 SOZIALGESETZBUCH	
Steuerung des Hilfeprozesses durch das Hilfeplanverfahren	571	10. BUCH	
Andere Aufgaben	572	VERWALTUNGSVERFAHREN	609
Datenschutz	573	Überblick	609
Einsatz des Einkommens und Vermögens	574	Allgemeine Vorschriften über das Verwaltungsverfahren	609
Organisation	575	Bestandskraft von Verwaltungsakten	612
Träger der öffentlichen Jugendhilfe	575	Zusammenarbeit der Leistungsträger und ihre Beziehungen zu Dritten	614
Verfahren	575	Datenschutz	615
Finanzierungsformen	576	Prinzipien des Sozialdatenschutzes	615
Finanzierungslast	576	Datenerhebung	617
Statistik	577	Datenspeicherung, -veränderung oder -nutzung	617
Beratung und Auskunft in der Kinder- und Jugendhilfe	577	Datenübermittlung	617
Rechtsschutz	577	Nutzungsbeschränkung beim Datenempfänger	619
Rechtsquellen	577	Technisch-organisatorische Vorkehrungen zum Schutz von Sozialdaten	620
<i>Sozialgesetzbuch</i>	577	Datenschutzaufsicht und Rechte des Betroffenen	620
<i>Bürgerliches Gesetzbuch</i>	577	Sozialdatenschutzrechtliche Sondervorschriften	621
9 SOZIALGESETZBUCH		11 SOZIALGESETZBUCH	
9. BUCH		11. BUCH	
REHABILITATION UND TEILHABE		PFLEGEVERSICHERUNG	623
BEHINDERTER MENSCHEN	579	Überblick	623
Überblick	579	Historische Bedeutung	624
Allgemeines	579	Umbau des Sozialstaates	624
		Absicherung des Lebensrisikos Pflegebedürftigkeit vor Einführung der Pflegeversicherung	624

Grundzüge der gesetzlichen Pflegeversicherung	625		
Stufenweises In-Kraft-Treten	625	<i>Kombination von Geldleistung und Sachleistung – Kombinationsleistung –</i>	641
Umfassende Versicherungspflicht für die gesamte Bevölkerung	626	<i>Häusliche Pflege bei Verhinderung der Pflegeperson</i>	641
Die soziale Pflegeversicherung	626	<i>Tages- und Nachtpflege</i>	642
Die private Pflegeversicherung	626	<i>Kurzzeitpflege</i>	643
Reform der Pflegeversicherung	627	<i>Zusätzliche Betreuungsleistung für Pflegebedürftige mit erheblich eingeschränkter Alltagskompetenz</i>	643
Begriff der Pflegebedürftigkeit	628	<i>Pflegehilfsmittel und technische Hilfen</i>	643
Antragstellung, Entscheidung durch die Pflegekasse, Begutachtung durch den Medizinischen Dienst	628	<i>Zuschüsse zu pflegebedingtem Umbau der Wohnung</i>	644
Die wichtigsten Leistungen der Pflegeversicherung	629	<i>Pflegekurse für Angehörige und ehrenamtliche Pflegepersonen</i>	644
<i>Leistungen bei häuslicher Pflege</i>	629	<i>Leistungen zur sozialen Sicherung der Pflegeperson</i>	644
<i>Leistungen zur sozialen Sicherung der Pflegepersonen</i>	630	<i>Leistungen zur sozialen Sicherung bei Pflegezeit</i>	645
<i>Kurzzeitpflege und teilstationäre Pflege</i>	630	Leistungen bei stationärer Pflege	646
<i>Stationäre Pflege</i>	630	<i>Vollstationäre Pflege nach § 43 SGB XI</i>	646
<i>Qualitätssicherung</i>	631	<i>Pflege in vollstationären Einrichtungen der Behindertenhilfe</i>	647
<i>Sicherstellungsauftrag der Pflegekassen</i>	631	Allgemeine Leistungsgrundsätze	647
<i>Finanzierung der Investitionskosten</i>	631	Antragserfordernis	647
<i>Pflegezeit</i>	631	Vorversicherungszeit	648
SGB-XI-Änderungsgesetze	632	Ruhen von Leistungsansprüchen	648
Versicherter Personenkreis	632	<i>Ruhen bei Auslandsaufenthalt</i>	648
Allgemeines	632	<i>Ruhen bei Entschädigungsleistungen wegen Pflegebedürftigkeit</i>	648
Versicherungspflicht für Pflichtmitglieder der gesetzlichen Krankenversicherung	633	<i>Ruhen bei häuslicher Krankenpflege, Krankenhausbehandlung und stationärer Rehabilitationsmaßnahme</i>	649
Versicherungspflicht für freiwillige Mitglieder der gesetzlichen Krankenversicherung	633	Erlöschen der Leistungsansprüche	649
Versicherungspflicht von Personen, die weder Mitglied einer gesetzlichen Krankenkasse noch privat krankenversichert sind	633	Wirtschaftlichkeitsgebot	649
Familienversicherung	634	Anpassung der Leistungen	649
Befreiung von der Versicherungspflicht in der sozialen Pflegeversicherung bei Abschluss einer privaten Pflegeversicherung	635	Begriff und Stufen der Pflegebedürftigkeit	650
Schutz vor Missbrauch der Solidargemeinschaft	635	Begriff der Pflegebedürftigkeit	650
Freiwillige Versicherung	636	<i>Grundsätzliche Definition</i>	650
Beitrittsrecht	636	<i>Leistungsvoraussetzung – Hilfebedarf auf Dauer</i>	650
Kündigung eines privaten Pflegeversicherungsvertrages	637	<i>Ursachen der Pflegebedürftigkeit</i>	650
Die Leistungen der Pflegeversicherung	637	<i>Die Hilfen im Sinne des Pflege-Versicherungsgesetzes</i>	650
Allgemeines	637	<i>Hilfe bei den Verrichtungen des täglichen Lebens</i>	651
Einführung eines Anspruchs auf Pflegeberatung (Fallmanagement) zum 1. Januar 2009	638	Stufen der Pflegebedürftigkeit	651
Leistungen bei häuslicher Pflege	639	<i>Pflegestufe I (erhebliche Pflegebedürftigkeit)</i>	651
<i>Pflegesachleistung</i>	639	<i>Pflegestufe II (Schwerpflegebedürftige)</i>	652
<i>Pflegegeld für selbst beschaffte Pflegehilfen</i>	640	<i>Pflegestufe III (Schwerstpflegebedürftige)</i>	652
		Pflegebedürftige Kinder	652

Inhaltsverzeichnis

Zeitaufwand für die Pflege	653	<i>Arbeitgebermodell</i>	670
Feststellung der Pflegebedürftigkeit	653	<i>Wirtschaftlichkeitsprüfungen</i>	671
<i>Antragsverfahren und Entscheid</i>	653	<i>Leistungs- und Qualitätsvereinbarung</i>	671
<i>Begutachtung durch den Medizinischen Dienst der Krankenversicherung</i>	653	Pflegevergütung	671
<i>Fachkräfte im Medizinischen Dienst der Krankenversicherung</i>	654	<i>Duales Finanzierungssystem</i>	671
Organisation der sozialen Pflegeversicherung	654	<i>Monistisches Finanzierungssystem</i>	672
Finanzierung der Pflegeversicherung	655	Finanzierung der Investitionskosten	672
Umlageverfahren	655	<i>Öffentlich geförderte Pflegeeinrichtungen</i>	672
Beitragsatz und Beitragsbemessungsgrenze	656	<i>Nicht geförderte Pflegeeinrichtungen</i>	673
Bemessungsgrundlage	656	Leistungsgerechte Pflegevergütung	673
Beitragstragung und Beitragszahlung	657	Unterkunft und Verpflegung	674
Beitragszuschüsse	657	Vereinbarungsprinzip und Schiedsperson	675
Beitragsfreiheit	657	Pflegesätze	675
Finanzausgleich	657	<i>Bemessungsgrundsätze für die Pflegevergütung</i>	675
Die private Pflegepflichtversicherung	658	<i>Pflegesatzverfahren</i>	676
Der versicherte Personenkreis	658	<i>Pflegesatzkommission</i>	677
Familienversicherung	658	<i>Unterkunft und Verpflegung</i>	678
Versicherungsfreiheit und Befreiungsrechte	658	<i>Zusatzleistungen</i>	678
Kontrolle der Einhaltung der Versicherungspflicht	659	Vergütung der ambulanten Pflege	679
Beitrittsrecht	659	Gebührenordnung	679
Leistungen	659	Grundsätze der ambulanten Vergütungsregelung	679
Sozialverträgliche Rahmenbedingungen für die Durchführung der privaten Pflegepflichtversicherung	660	Vergütungsempfehlung der Spitzenverbände der Pflegekassen	680
Beiträge	661	<i>Leistungskomplexe</i>	680
Beitragszuschüsse	662	<i>Vergütung der Leistungskomplexe</i>	681
Zuständiges Unternehmen	663	<i>Vergütungsfähige Pflegeleistungen und „Pools“ von Leistungen</i>	681
Finanzausgleichssystem innerhalb der privaten Pflegepflichtversicherung	663	<i>Weitere vergütungsrechtliche Regelungen</i>	681
Zuständige Gerichtsbarkeit bei Streitigkeiten in Angelegenheiten der privaten Pflegepflichtversicherung	663	Pflegeeinrichtungsvergleich	681
Vertrags- und Vergütungsrecht	663	Pflegestützpunkte	682
Beziehungen der Pflegekassen zu den Pflegeeinrichtungen	664	Weitere Regelungen des Pflege-Weiterentwicklungsgesetzes	682
<i>Sicherstellungsauftrag der Pflegekassen</i>	665	Der Regelungsbereich des Heimrechts	683
<i>Versorgungsverträge</i>	665	Modellprogramm zur Verbesserung der Versorgung Pflegebedürftiger	683
<i>Parteien des Versorgungsvertrages</i>	666	Schwerpunkte der Förderung	683
<i>Zulassungsvoraussetzungen</i>	666	<i>Aufbau und Verbesserung der Pflegeinfrastruktur</i>	683
<i>Kündigung von Versorgungsverträgen</i>	667	<i>Verbesserung der regionalen Zusammenarbeit</i>	684
<i>Leistungs- und Preisvergleichsliste</i>	668	<i>Qualifizierung von Pflegepersonal und Ärzten</i>	684
<i>Rahmenverträge, Bundesempfehlungen und Bundesvereinbarungen</i>	668	<i>Pflegeeinrichtungen für besondere Gruppen von Pflegebedürftigen</i>	684
<i>Personalrichtwerte</i>	669	<i>Förderung von modernen, wohnortnah gelegenen Pflegeeinrichtungen</i>	684
<i>Schiedsstelle</i>	669	<i>Hospizeinrichtungen</i>	684
<i>Häusliche Pflege durch Einzelpersonen</i>	670	Ergebnisse der Modellmaßnahmen	684
		Wissenschaftliche Begleitung	685
		Vorbildfunktion des Modellprogramms	685
		Impulse für den Arbeitsmarkt	685
		Ausblick	685

Anschubfinanzierung Ost	686	Umsetzung des Urteils des Bundesverfassungs-	
Die Mittelaufbringung im Einzelnen	687	gerichts vom 9. Februar 2010	710
Übersicht über die Investitionsprogramme nach Art. 52 PflegeVG		Notwendiger Lebensunterhalt, Regelbedarfe und Regelsätze für Leistungsberechtigte außerhalb von Einrichtungen	711
Berlin	688	Notwendiger Lebensunterhalt für Leistungsberechtigte in Einrichtungen	713
Brandenburg	688	Gesetzliche Vorgaben für die Ermittlung von Regelbedarfen	713
Mecklenburg-Vorpommern	689	Sonderauswertungen der EVS 2008	715
Freistaat Sachsen	690	Bestimmung der Referenzhaushalte für die Regelbedarfsermittlung	718
Sachsen-Anhalt	690	Abgrenzung der Referenzgruppen für die Regelbedarfsermittlung	720
Freistaat Thüringen	692	Regelbedarfsrelevante Verbrauchsausgaben im Jahr 2008 und Fortschreibung bis zum 1. Januar 2011	723
12 SOZIALGESETZBUCH		Regelbedarfsstufen zum 1. Januar 2011	724
12. BUCH		Weiterentwicklung Regelbedarfsermittlung	726
SOZIALHILFE	693	Übergangsregelung zur Regelbedarfsstufe 3	727
Überblick	693	Jährliche Fortschreibung der Regelbedarfsstufen per Verordnung	728
Allgemeines	693	Fortschreibung der Regelbedarfsstufen 4 bis 6	729
Aufgabe und Ziele	694	Fortschreibung der Regelbedarfsstufen zum 1. Januar 2012	730
Geschichte der Sozialhilfe – von der Armenpflege zur Sozialhilfe		Festsetzung und Fortschreibung der Regelsätze	731
Vorläufer der Sozialhilfe – Armenpflege und öffentliche Fürsorge	695	Hilfe zum Lebensunterhalt	732
Einführung der Sozialhilfe – das Bundessozialhilfegesetz	695	Leistungsberechtigter Personenkreis	732
Das Sozialhilferecht im SGB XII	696	Mehrbedarfe als ergänzende Bedarfe	735
Gründe für die Sozialhilfereform	696	Einmalige Bedarfe als ergänzende Bedarfe	738
Gesetzgebungsverfahren	697	Übernahme von Beiträgen für Kranken- und Pflegeversicherung sowie für weitere Versicherungen	738
Konzeption des SGB XII	697	Leistungen für Bildung und Teilhabe für Schüler sowie Kinder und Jugendliche	741
Entwicklung des SGB XII seit 2004	697	Kosten für Unterkunft und Heizung	744
Allgemeine Grundsätze der Sozialhilfe	699	Darlehen als ergänzende Leistungen	747
Leistungen der Sozialhilfe	701	Einschränkung der Leistung und Leistungsumfang	747
Grundsätze für Leistungen	701	Pauschalierung und Bedarfsdeckung	748
Anspruch auf Leistungen	704	Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	749
Abgrenzung der Leistungsberechtigung	704	Vom eigenständigen Gesetz zum Vierten Kapitel SGB XII	749
Leistungsberechtigte Personen	704	Leistungsberechtigter Personenkreis	749
Einschränkungen der Leistungsberechtigung für im Inland lebende Personen	705	Leistungsumfang	753
Einschränkungen der Leistungsberechtigung für im Ausland lebende Deutsche	707	Besonderheiten bei Vermögenseinsatz und Unterhaltsansprüchen	754
Erstattung von Aufwendungen, Beschränkung der Leistungshöhe und Aufrechnung	708	Besondere Verfahrensbestimmungen in der Grundsicherung	755
Regelbedarfsstufen und Regelsätze für ein menschenwürdiges Existenzminimum			
Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 9. Februar 2010 zur Verfassungsmäßigkeit von Regelleistungen nach dem SGB II und den Regelsätzen nach dem SGB XII	709		

Inhaltsverzeichnis

Beteiligung des Bundes an den Nettoausgaben der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	757	Einschränkung der Anrechnung von Einkommen und Vermögen	780
Hilfen zur Gesundheit	758	Berücksichtigung von Verpflichtungen anderer Personen sowie von Sozialleistungsträgern	782
Leistungsgewährung durch die Träger der Sozialhilfe	758	Übergang von Ansprüchen	782
Leistungsgewährung durch die Krankenkassen gegen Kostenerstattung	760	Übergang von Unterhaltsansprüchen nach bürgerlichem Recht (Unterhaltsrückgriff)	782
Zuzahlungen für Gesundheitsleistungen	760	Feststellung von Sozialleistungen	784
Eingliederungshilfe für behinderte Menschen	760	Träger der Sozialhilfe	784
Leistungsberechtigte und Aufgaben	761	Örtliche und überörtliche Träger der Sozialhilfe	784
Leistungen der Eingliederungshilfe	761	Zuständigkeitsregelung bei Sozialhilfeleistungen für Deutsche im Ausland	785
Besondere Regelungen für behinderte Menschen in Einrichtungen	763	Kosten	785
<i>Trägerübergreifendes Persönliches Budget</i>	763	Rückzahlung von Sozialhilfe	785
Aufgaben des Gesundheitsamts	763	Kostenerstattung zwischen den Trägern der Sozialhilfe	787
Gemeinsame Servicestellen	764	Sonstige Regelung zur Kostenerstattung	787
Hilfe zur Pflege	764	Verfahrensbestimmungen	787
Leistungsberechtigte und Leistungen	764	Beteiligung sozial erfahrener Dritter	787
Häusliche Pflege	764	Rücknahme von Verwaltungsakten	787
Teil- und vollstationäre Leistungen der Hilfe zur Pflege	766	Pflicht zur Auskunft	788
Verhältnis der Hilfe zur Pflege zu anderen Leistungen bei Pflegebedürftigkeit	766	Überprüfung durch automatisierten Datenabgleich	788
Hilfe in besonderen sozialen Schwierigkeiten	767	Statistik	789
Hilfe in anderen Lebenslagen	769	Finanzierung und Kostenentwicklung	790
Hilfe zur Weiterführung des Haushalts	769	Finanzierung	790
Altenhilfe	769	Ausgabenentwicklung	790
Blindenhilfe	769	Rechtsschutz	791
Hilfe in sonstigen Lebenslagen und Bestattungskosten	770	Rechtsquellen	791
Einrichtungen	771		
Einrichtungen und Dienste	771	13 ORGANISATION UND SELBSTVERWALTUNG	793
Inhalt, Abschluss und außerordentliche Kündigung von Vereinbarungen	771	Überblick	793
Rahmenverträge	772	Organisation und Selbstverwaltung	793
Schiedsstelle	772	Mitwirkung und Mitverantwortung	794
Einsatz des Einkommens	772	Geschichtliche Entwicklung	794
Begriff des Einkommens im SGB XII	773	Aufgabe und Funktion	795
Einsatz des Einkommens für Leistungen nach dem Dritten und Vierten Kapitel	774	Versicherungsträger	795
Einkommensgrenzen für Leistungen nach dem Fünften bis Neunten Kapitel	775	Organe der Selbstverwaltung	797
Einsatz des Vermögens	777	Sozialversicherungswahlen	797
Allgemeiner Vermögenseinsatz	777	Vertreterversammlung	798
Aufgeschobener Vermögenseinsatz durch Darlehensgewährung	780	Vorstand	799
		Verwaltungsrat	800
		Ausschüsse	800
		<i>Versichertenälteste</i>	800

Inhaltsverzeichnis

Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst	834	<i>Pflegeversicherung</i>	846
Aufgabe	834	<i>Leistungszuschlag</i>	847
Reform der Zusatzversorgung	834	<i>Leistung nach Erreichen der Regel-</i>	
Tarifvertragliche Regelungen	835	<i>altersgrenze</i>	847
Versicherte	835	<i>Überbrückungsgeld als Abschlagsausgleich</i>	847
Freiwillige Versicherung	836	Rechtliche Regelung in den neuen Bundes-	
		ländern	848
Leistungen	836	Organisation	848
Wartezeit	836	Finanzierung	848
Beginn und Ende der Betriebsrente	837	Beratung	848
Berechnung der Betriebsrente nach dem			
Punktemodell	837	Hüttenknappschaftliche Zusatzversicherung	
<i>Soziale Komponenten</i>	838	im Saarland	848
<i>Versorgungspunkte für Zurechnungszeiten</i>	838	Aufgaben der Zusatzversicherung	848
<i>Versorgungspunkte für Zeiten des Mutter-</i>		Berechtigte	849
<i>schutzes/der Elternzeit</i>	838	Freiwillige Weiterversicherung	849
<i>Mindestversorgungspunkte</i>	838	Leistungen	849
<i>Bonuspunkte</i>	838	<i>Umlageverfahren</i>	850
<i>Startgutschrift zum 31. Dezember 2001</i>	838	Wartezeiten für Renten aus der HZV	850
Anpassung der Betriebsrente	839	Berechnung der Zusatzrente	850
Vorzeitige Inanspruchnahme	839	<i>Stufenweise Absenkung des Rentenfaktors</i>	850
Hinterbliebenenversorgung	839	Abfindung von Witwen- und Witwerrenten bei	
Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung	840	Wiederheirat	851
Versorgungsausgleich	840	Beginn und Ende der Zusatzrenten	851
Abfindung	841	Kapitalabfindung	851
Beitragsersatzung	841	Beitragsersatzung	851
Übergangsrecht	841	Kapitaldeckungsverfahren	852
		Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung	852
Finanzierung	842	Wahlrecht	852
Riester-Rente (steuerliche Förderung nach		Übergangsregelungen	852
§ 10a EStG)	843	Organisation	853
Brutto-Entgeltumwandlung (Steuerbefreiung		Finanzierung	853
nach § 3 Nr. 63 EStG)	843	Steuerliche Förderung bei der Durchführung	
		der HZV im Kapitaldeckungsverfahren	853
Zusatzversorgung in den neuen Bundes-		Beratung	853
ländern	843		
		Zusatzversorgung für Bezirksschornstein-	
Organisation und Aufsicht	844	fegermeister	853
Beratung und Information	844	Aufgabe	853
		Berechtigte	854
Die Seemannskasse	844	Leistungen	854
Aufgabe	844	Dynamisierung der Versorgungsleistungen	855
Versicherte	844	Anrechenbare Renten	855
Leistungen	845	Mindestversorgung	856
<i>Überbrückungsgeld</i>	845	Hinterbliebenenversorgung	856
<i>Überbrückungsgeld auf Zeit</i>	845	Rechtliche Regelung in den neuen Bundes-	
Wartezeit	845	ländern	857
<i>Beginn des Überbrückungsgeldes</i>	845	Organisation	857
<i>Höhe des Überbrückungsgeldes</i>	845	Finanzierung	857
<i>Wegfall des Überbrückungsgeldes</i>	846	Beratung	857
<i>Anrechnung von Leistungen auf das Über-</i>			
<i>brückungsgeld</i>	846	Zusatzversorgung in der Land- und	
<i>Krankenversicherung</i>	846	Forstwirtschaft	857

Aufgabe	857	Einführung einer eigenständigen Sicherung	
Berechtigte	858	der Bäuerin	869
Leistungen	858	Beitragsfestsetzung und Beteiligung des Bundes	869
<i>Beihilfen</i>	858	Beitragsgerechtigkeit	869
<i>Wartezeit</i>	858	Rentenberechnung	869
<i>Beginn und Ende der Beihilfe</i>	859	Überleitung der Alterssicherung der Landwirte	
<i>Ausgleichsleistung</i>	859	auf die neuen Bundesländer	869
Regelungen für die neuen Bundesländer	860	Versicherter Personenkreis	869
Organisation	860	Versicherungsfreiheit	871
Finanzierung	860	Befreiung von der Versicherungspflicht	871
Auskunft	860	Freiwillige Versicherung	872
Zusatzversorgung für Bühnenkünstler	861	Leistungen	872
Aufgabe	861	Renten wegen Alters	872
Mitgliedschaft	861	Vorzeitige Altersrente	873
<i>Beginn und Ende der Mitgliedschaft</i>	862	Rente wegen Erwerbsminderung	874
<i>Freiwillige Mitgliedschaft</i>	862	Leistungen an Hinterbliebene	875
<i>Versicherte</i>	862	Wartezeit	876
<i>Weiterversicherung</i>	862	Rentenrechtliche Zeiten	877
<i>Beitragsfreie Versicherung</i>	862	<i>Beitragszeiten</i>	877
Leistungen	862	<i>Zurechnungszeit</i>	877
<i>Versorgungsleistungen wegen Alters</i>	863	<i>Rentenbezugszeiten</i>	878
<i>Anhebung der Altersgrenzen</i>	863	Berechnung der Renten	878
<i>Versorgungsleistungen wegen Berufs- oder</i>		Berechnung der Renten für Versicherte	878
<i>Erwerbsunfähigkeit</i>	863	<i>Anpassung</i>	879
<i>Höhe des Ruhegeldes</i>	863	Berechnung der Rente an mitarbeitende	
<i>Wartezeit</i>	864	Familienangehörige	879
<i>Hinterbliebenenversorgung</i>	864	Abschläge vom allgemeinen Rentenwert bei	
<i>Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung</i>	865	Renten wegen Erwerbsminderung und Renten	
<i>Dynamisierung der Versorgungsleistungen</i>	865	wegen Todes ab 1. Januar 2001	879
<i>Sterbegeld</i>	865	Begrenzung des Rentenbetrags aus den dem	
<i>Kapitalabfindung</i>	865	Ehegatten beitragsfrei angerechneten	
<i>Beitragserrstattung und Abfindung</i>	865	Beitragsjahren des Landwirts	880
Rechtliche Regelung in den neuen Bundes-		Berechnung der Renten für Hinterbliebene	881
ländern	866	Einkommensanrechnung auf Hinterbliebenen-	
Organisation	866	renten	881
Finanzierung	866	Einkommensanrechnung auf Renten wegen	
Riester-Rente (steuerliche Förderung nach		Erwerbsminderung	882
§ 10a EStG)	866	Berechnung der Renten nach Übergangsrecht	883
Brutto-Entgeltumwandlung (Steuerbefreiung		Übergangsrecht und eigenständige Sicherung	
nach § 3 Nr. 63 EStG)	866	von Landwirtehegatten	884
Beratung	866	Berechnung der Renten für Hinterbliebene	
		nach Übergangsrecht	884
	867	Rehabilitationsleistungen	885
		Zuschüsse zum Beitrag	885
	867	Organisation	886
Überblick	867	Finanzierung	887
Entstehungsgeschichte	868	Festsetzung des Beitrags	887
Die wesentlichen Zielsetzungen der Agrar-		Bundeszuschuss	887
sozialreform	869		

Inhaltsverzeichnis

Beratungsstellen und Auskunft	888	<i>Familienkassen</i>	899
Übergangsregelungen für die neuen Bundesländer	888	<i>Öffentlicher Dienst</i>	899
Versicherungspflicht des als Ehegatten versicherten Landwirts	888	Aufsicht	900
Befreiung von der Versicherungspflicht	888	Verfahren	900
Wartezeit	888	<i>Antrag</i>	900
Beitragsfreie Anrechnung von Beitragsjahren für den Ehegatten des Landwirts	888	<i>Örtliche Zuständigkeit</i>	900
Berechnung der Hinterbliebenenrenten	889	<i>Auszahlung des Kindergeldes</i>	900
Festsetzung des allgemeinen Rentenwerts	889	Finanzierung	900
Höhe des Beitrags	889	Beratungsstellen und Auskunft	900
Höhe der Beitragszuschüsse	889	Elterngeld und Elternzeit im Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz	900
18 FAMILIENLEISTUNGS-AUSGLEICH	891	Einführung	900
Überblick	891	Aufgaben	902
Familie und Kinder als Aufgabe des Sozialrechts	892	Elterngeld	903
Soziale Hilfen	892	<i>Berechtigte</i>	903
Familienleistungsausgleich	892	<i>Ausländer und Grenzgänger in Deutschland</i>	903
Kindergeld	893	<i>Bezugsdauer</i>	904
Berechtigte	893	<i>Höhe und Berechnung des Elterngeldes</i>	904
Unbeschränkte Steuerpflicht	893	<i>Anrechnung von Entgeltersatzleistungen</i>	905
Staatsangehörigkeit	894	<i>Verhältnis zu anderen Sozialleistungen</i>	905
Berücksichtigte Kinder / Begriff des Kindes	894	<i>Antragstellung</i>	906
Örtliche Voraussetzungen	894	<i>Steuern und Sozialversicherung</i>	906
Rangfolge der Kindergeldberechtigung	895	<i>Zuständige Behörden</i>	907
Altersgrenzen für das Kindergeld	895	Elternzeit und Teilzeitarbeit	908
<i>18. Lebensjahr</i>	895	<i>Berechtigte</i>	908
<i>21. Lebensjahr</i>	895	<i>Umfang der Elternzeit und Teilzeitarbeit</i>	908
<i>25. Lebensjahr</i>	895	<i>Wirkungen der Elternzeit</i>	909
Schul- und Berufsausbildung	896	<i>Inanspruchnahme der Elternzeit und Teilzeitarbeit</i>	910
Übergangszeiten	896	Unterhaltsvorschuss	910
Freiwillige Dienste	896	Berechtigte	910
Fehlender Ausbildungsplatz	896	Leistungshöhe	911
Wehr- und Zivildienst	896	Leistungszeitraum	911
Wegfall bei Einkünften und Bezügen	896	Übergang von Unterhaltsansprüchen	911
Zeitliche Aufteilung	897	Ausgaben und Einnahmen	911
Höhe des Kindergeldes	897	Verfahren	911
Staffelung des Kindergeldes	897	19 BUNDESGESETZ ÜBER INDIVIDUELLE FÖRDERUNG DER AUSBILDUNG; BILDUNGSKREDIT UND AUFSTIEGS-FORTBILDUNGS-FÖRDERUNG	913
Zahl- und Zählkinder	898	Überblick	913
Aufenthaltsort des Kindes	898	Leitgedanken	914
Anrechnung von Leistungen	898	Entwicklung der Ausbildungsförderung	915
Kinderzuschlag	898	Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften	924
Kinderbonus	899		
Organisation und Verfahren	899		
Zuständige Stellen	899		

Der Familienleistungsausgleich	924	<i>Darlehensdeckung</i>	938
Deutsche Einheit	925	<i>Verzinsliches Bankdarlehen</i>	940
Übergangsregelungen für die neuen Bundesländer zwischen dem 1. Januar 1991 und 31. März 2001	925	<i>Antragstellung für ein verzinsliches Bankdarlehen</i>	940
Weitere Regelungen individueller		<i>Vertragsbescheidung und Auszahlung</i>	940
Ausbildungsförderung	927	<i>Rückzahlung von Bankdarlehen</i>	941
<i>Arbeitsförderung (SGB III)</i>	927	Individuelle Förderungshöhe	941
<i>Kriegsopferversorgung</i>	927	<i>Bedarfssätze</i>	942
<i>Kriegsfolgengesetze</i>	927	<i>Vermögensanrechnung</i>	942
<i>Berufsfördernde Maßnahmen zur Rehabilitation</i>	927	<i>Anzurechnendes Einkommen</i>	943
<i>Jugendhilfe</i>	927	<i>Elternunabhängige Förderung</i>	943
<i>Begabtenförderung im Hochschulbereich</i>	927	<i>Gewährung von Freibeträgen</i>	944
<i>Weitere Möglichkeiten finanzieller Förderung eines Studiums</i>	928	<i>Freibeträge vom eigenen Einkommen der Auszubildenden</i>	944
<i>Aufstiegsstipendium</i>	929	<i>Eltern-Rechnung</i>	945
Das Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG)	929	<i>Ehegatten-Rechnung bzw. Rechnung für den eingetragenen Lebenspartner</i>	946
Allgemeines	929	Förderungsdauer	946
Förderungsfähige Ausbildung	930	Fallbeispiele zur Ermittlung des individuellen Bedarfs	946
<i>Grundsatz</i>	930	Auslandsförderung	955
<i>Besonderheit</i>	930	<i>Zuschläge zum Bedarf bei einem Ausbildungsaufenthalt im Ausland</i>	955
<i>Überbetriebliche Ausbildungen</i>	930	<i>Auslandsämter</i>	956
<i>Schülerförderung</i>	930	<i>Verzeichnis der Ämter für Ausbildungsförderung, die für die Förderung einer Ausbildung außerhalb der Bundesrepublik zuständig sind</i>	956
<i>Ausnahme</i>	931	<i>Aufstellung der Länder in denen eine Ausbildung gefördert wird</i>	960
Leistungsanspruch	931	<i>Auslandszuschläge</i>	961
<i>Staatsangehörigkeit</i>	931	Zweit-, Ergänzungs- oder Vertiefungsausbildung	961
<i>Eignung zur Förderung</i>	931	Fachrichtungswechsel und Ausbildungsabbruch	962
<i>Altersbegrenzung bei der Förderung</i>	932	Hilfe zum Studienabschluss	964
Beantragung von Leistungen nach dem BAföG	934	Entwicklung der Leistungsparameter	965
Leistungen	935	Berichte der Bundesregierung nach § 35 BAföG	965
<i>Förderungsarten</i>	935	Rechtsschutz	966
<i>Sonderregelungen für Schwangere und für Auszubildende mit Kindern</i>	935	Rechtsquellen	966
<i>Freibeträge nach dem BAföG beim Nebenverdienst</i>	936	Literaturnachweise	966
<i>Darlehensarten</i>	936	Bildungskredit	966
<i>Unverzinsliches Darlehen</i>	937	Aufgabe des Bildungskredits	966
<i>Berücksichtigung eigener Kinder bei der Darlehensrückzahlung</i>	937	Höhe der Förderung	969
<i>Ratenzahlung</i>	937	Wer erhält den Bildungskredit?	969
<i>Rückzahlungsbeginn und Rückzahlungszeitraum</i>	937	<i>Förderung und Staatsangehörigkeit</i>	969
<i>Mitteilungspflichten der Empfänger der Staatsdarlehen</i>	938	<i>Kreditvergabe und Alter</i>	970
<i>Freistellung von der Rückzahlungspflicht</i>	938	<i>Inanspruchnahme des Bildungskredits</i>	970
<i>Darlehensteilerlass</i>	938	<i>Förderung einer Ausbildung im Ausland</i>	970
		<i>Bildungskredit und BAföG</i>	970
		Beantragung	970
		Rückzahlung	970

Inhaltsverzeichnis

Aufstiegsfortbildungsförderung (AFBG)	971	Finanzierung	1000
Anschriften der Ämter für Ausbildungs- förderung an Universitäten	973	Beratung und Auskunft	1000
20 WOHNELD	987	Rechtsschutz	1000
Überblick	987	Auszug aus dem Tabellenwerk	1001
Aufgaben des Wohngeldgesetzes	988	21 SOZIALE LEISTUNGEN AN AUSLÄN- DISCHE FLÜCHTLINGE – ASYL- BEWERBER-LEISTUNGSGESETZ	1009
Entwicklung des Wohngeldrechts	988	Überblick	1009
Änderungen ab 1. Januar 2011	989	Grundrecht auf Asyl	1009
Allgemeines	989	Asylbewerberzugänge	1010
Arten des Wohngeldes	989	Asylanträge und deren Behandlung in der Bundesrepublik Deutschland	1010
Beantragung des Wohngeldes	990	Asylantragszahlen im europäischen Vergleich	1011
Mietzuschuss	990	Asylantragszahlen pro 1.000 Einwohner der Asylzielländer	1012
Lastenzuschuss	990	Asylantragszahlen in der Europäischen Union nach Hauptherkunftsländern	1012
Berechnung des Wohngeldes	990	Asylantragszahlen in der Bundesrepublik Deutschland nach Hauptherkunftsländern	1012
Haushaltsmitglieder	990	Leistungen an ausländische Flüchtlinge	1013
Ausgeschlossene Haushaltsmitglieder	990	Leistungen vor dem 1. November 1993	1013
Zu berücksichtigende Haushaltsmitglieder	991	Schaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes	1013
Zu berücksichtigende Miete und Belastung	991	Erstes Änderungsgesetz	1013
<i>Miete</i>	991	Zweites Änderungsgesetz	1014
<i>Belastung</i>	992	Zuwanderungsgesetz	1014
<i>Höchstbeträge für Miete und Belastung</i>	992	Zweites Änderungsgesetz zum Zuwanderungs- gesetz	1014
<i>Mietenstufen der Gemeinden</i>	992	Empfänger von Leistungen nach dem Asyl- bewerberleistungsgesetz	1015
Gesamteinkommen	993	Ausgaben nach dem Asylbewerberleistungs- gesetz	1016
Jahreseinkommen	993	Wesentliche Bestimmungen des Asyl- bewerberleistungsgesetzes	1016
<i>Welche Einkünfte rechnen zum Jahres- einkommen?</i>	993	Leistungsberechtigte gemäß § 1 des Asyl- bewerberleistungsgesetzes	1016
<i>Welche Beträge werden abgezogen?</i>	993	Grundleistungen nach dem Asylbewerber- leistungsgesetz gemäß § 3	1018
<i>1. Abzugsbeträge für Steuern und Sozial- versicherungsbeiträge</i>	993	Leistungen bei Krankheit, Schwangerschaft und Geburt gemäß § 4	1020
<i>2. Frei- und Abzugsbeträge</i>	994	Sonstige Leistungen gemäß § 6	1020
<i>2.1 Freibeträge für bestimmte Personen- gruppen</i>	994	Arbeitsgelegenheiten gemäß § 5	1021
<i>2.2 Abzugsbeträge für Unterhaltsleistungen</i>	994	Nachrangigkeit der Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz gemäß § 8	1022
<i>Wie wird das Jahreseinkommen ermittelt?</i>	994	Einsatz von Einkommen und Vermögen gemäß § 7	1022
<i>Bis zu welchem Einkommen besteht ein Wohngeldanspruch?</i>	994		
Höhe des Wohngeldes	994		
Bewilligung und Auszahlung des Wohngeldes	997		
Änderungen des Wohngeldes im laufenden Bewilligungszeitraum	997		
Unwirksamkeit des Wohngeldbewilligungsbe- scheidendes und Wegfall des Wohngeldanspruchs	998		
Zuständige Stellen	999		

Inhaltsverzeichnis

<i>Grundrente</i>	1063	Historische Entwicklung	1077
<i>Schwerstbeschädigtenzulage</i>	1063	Gründung der Europäischen Wirtschafts-	
<i>Abgeltung des wirtschaftlichen Schadens</i>	1064	gemeinschaft	1078
<i>Ausgleichsrente</i>	1064	Der Weg zur Europäischen Union	1079
<i>Ehegattenzuschlag</i>	1064	Die einzelnen Instrumente der Sozialen	
<i>Kinderzuschlag</i>	1064	Sicherung	1084
<i>Berufsschadensausgleich</i>	1065	Instrumente der Internationalen Arbeits-	
Ausgleich schädigungsbedingter Mehr-		organisation (IAO)	1084
aufwendungen	1066	Treffen der führenden Industrie- und	
<i>Pflegezulage</i>	1066	Schwellenländer	1085
<i>Blindenführzulage</i>	1066	VN, OECD und OSZE	1086
<i>Ersatz für Kleider- und Wäscheverschleiß</i>	1066	Instrumente des Europarats	1086
Kriegsopferfürsorge	1067	EG-Recht und zwischenstaatliche	
<i>Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben und</i>		Abkommen	1087
<i>ergänzende Leistungen</i>	1067	Koordinierung der Systeme der sozialen	
<i>Erziehungsbeihilfe</i>	1067	Sicherheit in der EU	1090
<i>Ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt</i>	1067	EG-Abkommen mit der Schweiz, das sog.	
<i>Hilfe zur Pflege</i>	1067	vierseitige Abkommen und das	
Leistungen für Hinterbliebene	1067	Rheinschifferübereinkommen	1094
<i>Leistungen für Witwen</i>	1067	Die Abkommen mit den Anwerbeländern	1094
<i>Krankenbehandlung für Witwen</i>	1068	Abkommen mit den Auswanderungsländern	1095
<i>Grundrente</i>	1068	Polen	1096
<i>Ausgleichsrente</i>	1068	Südtirolabkommen	1097
<i>Schadensausgleich</i>	1068	Asiatische Staaten	1097
<i>Pflegeausgleich</i>	1069	Weitere osteuropäische Staaten	1097
<i>Andere Leistungen</i>	1069	Finanzielles	1098
Leistungen für Waisen	1070	Durchführung des EG-Rechts und der	
Leistungen für Eltern	1070	zwischenstaatlichen Abkommen	1099
Sonstige Leistungen	1070	Beratung der Versicherten und der	
<i>Bestattungsgeld</i>	1070	Berechtigten	1099
<i>Sterbegeld</i>	1071	Verbindungsstellen und zuständige Träger für	
<i>Kapitalabfindung</i>	1071	die Durchführung der Verordnungen der	
<i>Härteausgleich</i>	1071	Europäischen Gemeinschaft und der	
Zusammentreffen von Leistungen und Ruhen		Abkommen über Soziale Sicherheit	1099
von Ansprüchen	1071	<i>Regionalträger der Rentenversicherung als</i>	
Anpassung der Versorgungsbezüge	1071	<i>Verbindungsstellen und zuständige Träger</i>	1100
Beginn, Änderung und Ende der Versorgung	1071	Zuständige Träger	1100
Versorgung von Kriegsopfern im Ausland	1072	Rechtliche Grundlagen	1100
Verfahren	1072	Mehrseitige Rechtsgrundlagen	1100
Finanzierung	1073	<i>Internationale Arbeitsorganisation</i>	1100
Organisation	1073	<i>Vereinte Nationen</i>	1101
Rechtsquellen	1074	<i>Europarat</i>	1101
25 INTERNATIONALE SOZIALE		<i>Gemeinschaftsrechtliche Regelungen</i>	
SICHERUNG	1075	<i>(EU/EWR)</i>	1101
Übersicht	1075	<i>Innerstaatliche Rechtsvorschriften zur</i>	
Ausgangslage	1076	<i>Durchführung von EG-Recht</i>	1102
		Sonstige mehrseitige Abkommen	1102
		Zweiseitige Verträge	1102

26	SOZIALGERICHTSBARKEIT	1105	Revisionsverfahren	1115
	Überblick	1105	Kosten des Verfahrens	1116
	Allgemeine Hinweise	1105	Prozesskostenhilfe	1116
	Aufbau und Besetzung der Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit	1106	Gesetzliche Grundlagen	1117
	Übersicht über die Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit	1107		
	Richteramt	1108	27	SOZIALBUDGET
	Aufgaben der Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit	1108	Überblick	1119
	Das Verfahren vor den Sozialgerichten	1109	Aufgaben und Entwicklung des Sozialbudgets	1120
	Klageerhebung	1109	Sozialbudget und gesamtwirtschaftliche Entwicklung	1120
	Zulässigkeit der Klage	1110	Das funktionale Sozialbudget	1122
	Klagearten	1111	Das institutionelle Sozialbudget	1123
	Einstweiliger Rechtsschutz	1112	Die Finanzierung der sozialen Sicherung	1124
	Allgemeine Grundsätze des Verfahrens	1112	Finanzierungssaldo	1126
	Verfahrensabschluss ohne gerichtliche Entscheidung	1113	Das Europäische Sozialbudget	1127
	Verfahrensabschluss durch Gerichtsbescheid	1113	SUMMARIES	1131
	Verfahrensabschluss durch Urteil	1113	STICHWORTVERZEICHNIS	1153
	Berufungsverfahren	1114		

Inhalt der CD-ROM

Übersicht über das Sozialrecht 2011/12

Übersicht über die Investitionsprogramme nach Art. 52 Pflegeversicherungsgesetz (Ergänzung zu Kapitel 11 der Übersicht über das Sozialrecht)

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hrsg.): Statistisches Taschenbuch 2010. Arbeits- und Sozialstatistik.

Einführung

Sozialrecht – Mythen oder Fakten

1 Sozialrecht – darüber lesen wir täglich in den Zeitungen. Oft ringen populistische Schlagzeilen um die Aufmerksamkeit der Leserinnen und Leser. Und nicht selten verzerren solche Schlagzeilen die Wirklichkeit. Mit dem vorliegenden Band „Übersicht über das Sozialrecht“ besteht die Chance, sich umfassend über das soziale Netz in Deutschland zu informieren und dann zu urteilen.

Deutschland verfügt über einen hochentwickelten Sozialstaat. Von der Geburt bis ins Alter stellt der Sozialstaat Unterstützung für die Bürgerinnen und Bürger bereit. All dies ist aber keinesfalls selbstverständlich. Man darf nicht vergessen: All die sozialen Leistungen müssen erwirtschaftet werden. Nur wenn Deutschland es schafft, auf die Herausforderungen der globalisierten Weltwirtschaft die richtigen Antworten zu geben, wenn die deutsche Wirtschaft weiterhin zu den führenden der Welt gehört, dann werden wir uns unseren Wohlstand und damit ein hohes soziales Niveau weiterhin leisten könnten. Soziale Leistungen fallen nicht vom Himmel, sie müssen erarbeitet werden.

Sozialrecht und Wirtschaftskrise

2 Deutschland hat die Wirtschaftskrise erfolgreich gemeistert. Während im Jahr 2009 das Wachstum um fast 5 Prozent zurückging, gab es bereits im Jahr 2010 überraschend wieder ein unvorhergesehenes, starkes Wirtschaftswachstum. Zwar steigt die Staatsverschuldung in Deutschland – wie auch in anderen Staaten – stark an. Aber es war richtig, durch umfangreiche staatliche Konjunkturpakete zu versuchen, den Abschwung zu dämpfen. Milliardenbeträge waren notwendig, um systemische Banken zu retten, deren Insolvenz der Staat nicht zulassen konnte, weil sonst das Finanzsystem insgesamt bedroht worden wäre. Die notwendige staatliche Regulierung, die

verhindert, dass die „Player“ des Finanzsystems ihre eigenen Risiken erfolgreich auf die Allgemeinheit externalisieren können, ist weiterhin erst in den Anfängen. Auch aus sozialpolitischer Sicht ist es aber bitter notwendig, eine Wiederholung einer solchen Krise zu verhindern, nicht zuletzt auch deshalb, um den sozialen Frieden nicht zu gefährden.

Der Sozialstaat hatte in der Krise eine besonders wichtige Funktion. Wenn die Arbeitslosigkeit steigt, dann fallen die Menschen nicht ins Nichts, sondern sind abgesichert. Die Arbeitslosenversicherung spielt eine wichtige Rolle. Sie organisiert und finanziert Lohnersatzleistungen und stellt sicher, dass auch Kranken- und Rentenversicherung weiter laufen. Das sind historische Errungenschaften, die sich auch in einer Krise bewähren. Gleichzeitig hat dies auch eine konjunkturpolitische Wirkung. Insbesondere die Arbeitslosenversicherung ist ein sogenannter automatischer Stabilisator, der antizyklisch wirkt und die wirtschaftliche Nachfrage stabilisiert. Deutschland hat es in der Krise erreicht, dass der Arbeitsmarkt in hohem Maße von der Rezession abgekoppelt wurde. Insbesondere die Verlängerung und Ausweitung der gesetzlichen Regelungen zum Kurzarbeitergeld haben es den Unternehmen ermöglicht, die Belegschaften während der Krise in Beschäftigung zu halten.

Im Aufschwung besteht nunmehr die Notwendigkeit, die Konsolidierung der Staatsfinanzen in Angriff zu nehmen. Dem dient die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse; sie soll den Bund und die Länder zwingen, Staatsschulden zu begrenzen und wieder zurückzuführen. Dies ist als Kehrseite zu der expansiven Finanzpolitik in der Krise durchaus sachgerecht. Zusammen mit den neu entstandenen haushaltspolitischen Herausforderungen, etwa im Kontext der europäischen Staatsschuldenkrise und den damit verbundenen auch von Deutschland zu tragenden Hilfstansfers, bleibt der finanzielle Druck auf die Sozialpolitik weiterhin hoch. Das wird perspektivisch eine Herausforderung auch für das Sozialrecht sein.

Ein wenig Geschichte ...

3 Im 19. Jahrhundert begann die Absicherung der Bevölkerung gegen soziale Risiken. Schon vor einer systematischeren Sozialgesetzgebung gab es freiwillige genossenschaftliche und kommunale Hilfs- und Unterstützungskassen. Dann organisierte Bismarck mit seiner Sozialgesetzgebung erstmals in großem Umfang eine soziale Absicherung gegen die größten Lebensrisiken. Diese Gesetze aus der Kaiserzeit bildeten die Grundlage einer sozialpolitischen Entwicklung, die sich in der Weimarer Republik fortsetzte und an die die junge Bundesrepublik Deutschland nach der Überwindung der Hitler-Diktatur wieder anknüpfen konnte.

Die Gesetze zur Krankenversicherung von 1883, zur Unfallversicherung von 1884 und zur Invaliditäts- und Alterssicherung von 1889 waren die Anfänge staatlicher Sozialpolitik. Während damals nur ein Fünftel aller Erwerbstätigen und ein Zehntel der Bevölkerung von der Sozialgesetzgebung erfasst wurden, sind heute nahezu 90 Prozent der Bevölkerung in den Schutz der sozialen Sicherung einbezogen. Das soziale Sicherungssystem, das 1927 um den wichtigen Bereich der Arbeitslosenversicherung ergänzt wurde, hat bis heute überdauert. Erst 1995 wurde es durch eine fünfte Säule, die Pflegeversicherung, komplettiert.

Es hat aber auch tiefe Einschnitte erlebt – die Inflation von 1923, die Wirtschaftskrise Anfang der 30er Jahre oder den Zusammenbruch nach dem Zweiten Weltkrieg. Die Anerkennung der sozialen Marktwirtschaft und der Aufbau eines starken sozialen Netzes ist in Deutschland Ausdruck eines tiefgreifenden gesellschaftlichen Konsenses, den alle wichtigen gesellschaftlichen Gruppen mittragen. Dieser Konsens wird sich in der gegenwärtigen Wirtschaftskrise und im nächsten Aufschwung bewähren müssen.

Sozialstaat ist ein Produktivfaktor

4 Oft findet man in der sozialpolitischen Diskussion den Hinweis, dass sozialpolitische Maßnahmen die Unternehmen und die Steuerzahler zu sehr mit Kosten belasten. Der Sozialstaat müsse zurückgeschraubt werden, um ihn finanziell tragbar zu halten. Diese Sichtweise greift zu kurz. Denn es wird ignoriert, dass soziale Sicherheit gleichzeitig auch einen wichtigen Produktivfaktor einer Volkswirtschaft darstellt. Soziale Sicherheit führt zu einer hohen gesellschaft-

lichen Integration und damit zu sozialem Frieden. In der Wirtschaftskrise fängt die soziale Sicherung die Folgen ab und erreicht, dass die Betroffenen abgesichert sind. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die sozial angemessen abgesichert sind, sind höher motiviert und besser in der Lage, in den Betrieben produktiv tätig zu sein. Ohne soziale Absicherungen gäbe es mehr Armut und soziale Konflikte. Es ist kein Wunder, dass in Deutschland die Zahl der durch Arbeitskämpfe verlorenen Arbeitsstunden im internationalen Vergleich relativ gering ist. Letztlich könnte man sagen: Wer die Fähigkeit hätte, im Modellbaukasten eine Gesellschaft und ihren Staat von Grund auf neu zu konzipieren, der würde ein starkes soziales Element einbauen.

Soziale Sicherung und Gerechtigkeit – vom Grundgesetz gefordert!

5 Das Sozialstaatsprinzip in Deutschland ist in Artikel 20 Abs. 1 des Grundgesetzes festgeschrieben und kann selbst durch eine Änderung des Grundgesetzes nicht aufgehoben werden. Das heißt, dass der Sozialstaat seinen Bürgern die Sicherung existenzieller Lebensbedingungen schuldet, dabei aber auch die Voraussetzungen für die Entfaltung von Freiheit zu sichern hat. Der Einzelne hat die Verantwortung für seine soziale Sicherung aktiv zu übernehmen. Der Sozialstaat fußt daher auf emanzipatorischen Grundelementen: Auf Leistung und Gegenleistung, Geben und Nehmen.

6 Um die Freiheit des Einzelnen zu wahren, ist es auch Aufgabe des Sozialstaats, die Kosten für die soziale Sicherheit für jeden Versicherten in einem vertretbaren Rahmen zu halten. Soziale Gerechtigkeit setzt schon bei der Einnahmeseite der Sozialversicherung an. Die Sozialpolitik muss ständig prüfen, was nötig und was entbehrlich ist, um die Beiträge möglichst gering zu halten. Was früher zur Behebung von verbreitetem Elend erforderlich war, muss heute nicht notwendigerweise sinnvoll sein. Durch den gesellschaftlichen Wandel können sich aber auch neue Notwendigkeiten ergeben. Bis zur Rentenreform des Jahres 1957 lag das Rentenniveau beispielsweise bei etwa 40 Prozent des Nettoeinkommens. Das war zur Sicherung eines angemessenen Lebensstandards damals kaum ausreichend. Allerdings waren familiäre Bindung und Verantwortung ausgeprägter als heute. Um den einmal erreichten Lebensstandard im Alter aufrecht zu erhalten, war schon immer eine ergänzen-

de private Absicherung sinnvoll. Denn die Differenzen zwischen letztem Arbeitseinkommen und Rente gab es damals wie heute. Eigenverantwortlichkeit ist deshalb auch in Zukunft ein wichtiges Gebot. Erstmals ist es seit 2002 möglich, ein staatlich gefördertes Altersvermögen aufzubauen, das hilft, diese Differenz so gering wie möglich zu halten.

Netzwerke der sozialen Sicherheit

7 Der Sozialstaat Deutschland hat in dem Spannungsfeld zwischen staatlicher Fürsorge einerseits und Freiheit und Eigenverantwortung des Einzelnen andererseits ein umfassendes Netzwerk geknüpft. Die Sicherung des persönlichen Existenzminimums durch die Sozialhilfe und die Grundsicherung für Arbeitsuchende, die Absicherung von Alter, Krankheit, Arbeitslosigkeit, Invalidität und Pflegebedürftigkeit im Rahmen der Sozialversicherung, Kindergeld und Elterngeld, aber auch die Beteiligungsrechte der Arbeitnehmer in den Betrieben sind neben vielen anderen Reformgesetzen Ausprägungen der Sozialstaatlichkeit. Die Sicherung dieser Netzwerke ist eine wichtige sozialstaatliche Aufgabe.

8 Innerhalb des Rahmens, der durch den Gesetzgeber vorgegeben ist, wird der Sozialstaat wesentlich durch nichtstaatliche Institutionen und durch deren Übernahme von Verantwortung geprägt. Dazu sei auf die Tarifvertragsparteien hingewiesen: Mit dem grundgesetzlichen Auftrag zur Gestaltung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen ausgestattet, haben sie durch vertragliche Vereinbarungen ein weit verzweigtes, auf die jeweilige Situation abgestimmtes Normenwerk geschaffen. Sie werden regelmäßig dort tätig, wo die Verantwortlichkeit des Staates aufhört – z. B. wenn es darum geht, betriebliche Alterssicherungssysteme zu entwickeln, die die staatlichen Systeme ergänzen. Da die Beteiligten die eigenen Interessen selbst ausbalancieren, ist es entbehrlich, dass der Staat tätig wird. Die Bedeutung der nichtstaatlichen Initiativen zeigt sich überall: Die freien Wohlfahrtsverbände mobilisieren in einem beträchtlichen Umfang privates Engagement und private Mittel für die Gemeinschaft. Auf dieses private Engagement ist der Sozialstaat Deutschland in höchstem Maße angewiesen, denn der Staat wäre hierzu kaum oder nur mit größter Mühe – jedenfalls aber nicht so effizient – in der Lage. Deshalb ist es wichtig, dass jedem Einzelnen bewusst ist, was er selbst für die Gemeinschaft mit ein wenig Zeit und Kraft leisten kann.

Möglichst wenig Staat ...

9 Die einzelnen Zweige der Sozialversicherung sind keine Untergliederungen des Staates, sondern selbstverwaltete Institutionen. Gemeinschaftlich organisieren sie die Selbsthilfe in einer großen solidarischen Risikogemeinschaft der Versicherten. Diese Solidargemeinschaft ergänzt die kleineren Gemeinschaften von Ehe und Familie, indem sie die Aufgaben übernimmt, die den Einzelnen oder die Familie überfordert. Diese Subsidiarität oder Nachrangigkeit ist das wesentliche Gliederungsprinzip sozialstaatlicher Solidarität. Sie führt zu einer Verzahnung der verschiedenen Kompetenz- und Verantwortungsebenen – der persönlichen und gemeinschaftlichen, der privaten und öffentlich-rechtlichen, der ehrenamtlichen und der professionalisierten. Auch diese subsidiär gegliederte Struktur des Sozialstaates hat sich historisch entwickelt: Die Sozialversicherung entstand in Etappen, genau wie sich die Sozialgesetzgebung Schritt für Schritt entwickelte und sich dabei an den jeweiligen Handlungsnotwendigkeiten orientierte.

10 Das Prinzip der Subsidiarität legt die Solidarität in die Hände möglichst kleiner Gemeinschaften, die sich als effektiver und stabiler erweisen als große Bürokrationen und wenig anfällig gegen Missbrauch sind. In der Selbstverwaltung sind Sozialstaat und Demokratie durch die Mitwirkung von Versicherten und Arbeitgebern vereinigt. Sie ist daher ein wesentliches Element des Sozialstaates in einer freien Gesellschaft, das eine beachtliche soziale Produktivität entfaltet hat. Freie Tarifpartner stehen als Motor und Förderer von Vielfalt, Differenzierung und Kreativität immer vor der Herausforderung, auf neue Entwicklungen neue Antworten zu suchen. Sie sind damit unverzichtbarer Bestandteil einer Gesellschaft, die Demokratie und Sozialstaatlichkeit als ständigen Gestaltungsauftrag begreift.

Weiterentwicklung des Sozialstaates unabdingbar

11 Die Gesetzgebung stand und steht vor der großen Aufgabe, auf Grundlage von seit mehr als einem Jahrhundert bewährten Prinzipien die Sozialversicherung für die Zukunft fit zu machen, um auch für die künftigen Generationen soziale Sicherheit zu gewährleisten.

Wichtige Schritte wurden in den vergangenen Jahren angegangen, weitere Schritte liegen vor uns: Die Ge-

sundheitsreform 2004 hat für die Krankenkassen die Möglichkeit geschaffen, die Beitragssätze zu senken und gleichzeitig die verfügbaren Mittel so zu konzentrieren, dass eine qualitativ hochwertige Versorgung der Patienten weiterhin gewährleistet werden konnte. Für die Krankenversicherung hatte die große Koalition eine weitere Gesundheitsreform verabschiedet, deren erste Bestandteile am 1. April 2007 in Kraft traten. Wichtige Elemente waren etwa die Ausweitung des Versicherungsschutzes auf bisher nicht Versicherte sowie ab Anfang 2009 die Einführung des Gesundheitsfonds.

12 Mit der Reform der Rentenversicherung im Jahr 2001 wurden die Weichen für eine staatlich geförderte ergänzende Altersvorsorge gestellt. Es wurde klargestellt, dass die gesetzliche Rentenversicherung zwar auch zukünftig die wichtigste Säule der Alterssicherung bleiben wird, dass aber ergänzende Eigenvorsorge in Zukunft unabdingbar ist. Gerade angesichts der Tumulte auf den Finanzmärkten hat es sich als richtig herausgestellt, die gesetzliche Rentenversicherung keinesfalls vollständig auf eine Kapitaldeckung umzustellen. Der Risikomix mit dem Umlageverfahren als Basis und der privaten Eigenvorsorge als Ergänzung bewährt sich.

Ende 2003 wurden weitere Maßnahmen beschlossen, um den Beitragssatz in der gesetzlichen Rentenversicherung auch kurzfristig stabil zu halten. Das langfristig wirkende Kernstück der Reform ist der „Nachhaltigkeitsfaktor“, der den Anstieg der Renten neu einjustieren soll. Wichtige Zielgröße ist, dass im Jahr 2020 der Beitragssatz nicht über 20 Prozent und im Jahr 2030 nicht über 22 Prozent steigt. Außerdem soll die Bundesregierung ab 2008 in einem Vierjahresturnus dem Parlament über gegebenenfalls notwendige Maßnahmen berichten, falls das Rentenniveau in den Jahren 2020 oder 2030 unter eine bestimmte Zielmarke abzusinken droht. Darüber hinaus wurden weitere Maßnahmen beschlossen, die auf die demografischen Herausforderungen vorbereiten sollen. Dazu gehörte die schrittweise, langfristige Erhöhung des gesetzlichen Renteneintrittsalters von 65 auf 67 Jahre. Inzwischen hat die Bundesregierung entsprechend den gesetzlichen Vorgaben mit dem Bericht „Aufbruch in die altersgerechte Arbeitswelt“ die Entwicklung der Beschäftigung älterer Arbeitnehmer analysiert und festgestellt, dass die Anhebung der Altersgrenze sachgerecht war und ist.

13 Es wurden weitgehende Reformgesetze für den Arbeitsmarkt beschlossen, die in der Öffentlichkeit

als die sogenannten „Hartz-Gesetze“ bekannt sind. Die Arbeitsvermittlung durch die Bundesagentur für Arbeit sollte effektiver gestaltet werden. Die bisherigen bedürfnisorientierten Leistungen der Arbeitslosenhilfe und der Sozialhilfe für Erwerbstätige wurden zu einer neuen Leistung, dem Arbeitslosengeld II, oft auch „Hartz IV“ genannt, zusammengefasst. Dazu kamen sozialpolitisch vertretbare Auflockerungen beim Kündigungsschutz und bei der Möglichkeit der Befristung von Arbeitsverhältnissen.

14 Mit der Pflegereform 2008 wurden Verbesserungen für die Pflegebedürftigen, ihre Angehörigen und die Pflegekräfte eingeführt, insbesondere eine schrittweise Verbesserung der Leistungen.

Mit der Gesundheitsreform 2011 wurden weitere Strukturelemente der gesetzlichen Krankenversicherung fortentwickelt. Die Beitragssätze für Arbeitnehmer und Rentner wurde auf 8,2 Prozent angehoben, der für Arbeitgeber auf 7,3 Prozent. Ausgabensteigerungen sollen zukünftig durch einen einkommensunabhängigen Zusatzbeitrag finanziert werden, wobei allerdings Überlastungen der Versicherten durch einen automatischen Sozialausgleich aus Steuermitteln ausgeglichen werden sollen.

15 In der Grundsicherung für Arbeitsuchende wurde das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Verfassungswidrigkeit der Organisation der Job-Center umgesetzt; dazu wurde auch die Verfassung geändert.

Eine große Herausforderung stellte die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zu den Regelleistungen in der Grundsicherung für Arbeitsuchende dar. Nach einem Vermittlungsverfahren wurde eine Neubemessung der Regelbedarfe durchgeführt. In dem neuen Regelbedarfsermittlungsgesetz werden die Berechnungsschritte zur Festsetzung der Regelbedarfe durch den Gesetzgeber selbst festgelegt. Obwohl in Teilen der Öffentlichkeit hohe Erwartungen hinsichtlich einer Erhöhung bestanden, fiel sie für Alleinstehende mit 5 Euro vergleichsweise bescheiden aus. Bei Kindern und Jugendlichen wurden sogar geringere Beträge ermittelt, so dass der Gesetzgeber eine Zahlbetragsgarantie entsprechend dem bisher geltenden Recht aussprach.

Weniger in der öffentlichen Debatte präsent ist eine durch die Entscheidung vorgezeichnete Entwicklung, nach der die jährliche Anpassung – zwischen den fünfjährigen Erhebungen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe – nach einem Lohn- und Preis-

index erfolgt. Denn die Orientierung an den Anpassungen in der gesetzlichen Renten Anpassung hat das Gericht als verfassungswidrig angesehen. Es bleibt abzuwarten, ob das Grundsicherungssystem einer höheren Anpassungsdynamik folgt als die Rentenversicherung und damit möglicherweise Reformdruck – vielleicht sogar auf die Ausgestaltung der Rentenversicherung – entsteht.

Unmittelbar und sofort galt eine vom Gericht angeordnete Härtefallregelung, da das SGB II keine entsprechenden Vorschriften enthielt; sie ist inzwischen ebenfalls im SGB II kodifiziert.

Schließlich – last but not least – wurde mit dem sogenannten Bildungspaket für bedürftige Kinder Neuland betreten. Zweckgebundene Bildungs- und Teilhabeleistungen werden als Rechtsanspruch gewährt, z. B. für Lernförderung, Teilhabe, Schul- und Kitamittagessen und Schulbedarfe. Neben Kindern im Grundsicherungsbereich erhalten dies auch Kinder aus Familien, in denen Wohngeld oder Kinderzuschlag bezogen wird.

16 Der Koalitionsvertrag von CDU/CSU und FDP sieht weitere Schritte zur Fortentwicklung des Sozialstaates vor.

In der Pflegeversicherung soll der Begriff der Pflegebedürftigkeit neu und differenziert definiert werden, so dass nicht nur körperliche Beeinträchtigungen, sondern auch anderwärtiger Betreuungsbedarf, z. B. Demenz, berücksichtigt werden kann.

In der Arbeitsmarktpolitik sollen die Instrumente auf den Prüfstand gestellt werden mit dem Ziel, sie auf Effektivität und Effizienz zu bewerten und auch deutlich zu reduzieren.

In der gesetzlichen Rentenversicherung soll ein einheitliches Rentensystem in Ost und West eingeführt werden. Im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten will die Koalition auch die verbesserte Berücksichtigung von Erziehungsleistungen prüfen.

Und wie sieht die Zukunft des Sozialstaates aus?

17 Der Sozialstaat muss den gesellschaftlichen Wandel reflektieren und ihn gestalten, er muss wirtschaftliche Dynamik und soziale Sicherheit miteinander verbinden. Der zunehmende Anteil älterer Menschen in der Bevölkerung stellt die sozialen Sicherungssysteme vor gewaltige Herausforderungen. Dabei darf der Sozialstaat die wirtschaftliche Dynamik nicht bremsen. Die Weltwirtschaft wächst mehr und mehr zusammen. Der grenzüberschreitende Personen-, Waren- und Dienstleistungsverkehr expandiert – nicht zuletzt durch eine zunehmende Nutzung des Internets – in einem Ausmaß, wie es vor wenigen Jahren noch unvorstellbar war. Es wächst aber auch international nun die Erkenntnis, dass die Krise der Finanzmärkte und der Wirtschaft nur durch eine verstärkte Regulierung überwunden werden kann. Das ordnungspolitische Leitbild einer unregulierten Marktwirtschaft ist zu Recht stark angeschlagen. Die Menschen in Deutschland erwarten, dass in all diesen Umwälzungen das soziale Element weiterhin stark bleibt. Von einer zukünftig weiterhin starken Sozialpolitik kann allerdings auch erwartet werden, dass sie flexibel bleibt und sich den neuen Gegebenheiten anpasst. Der Wandel erfordert Behutsamkeit, da das System sozialer Sicherung auf dem Vertrauen von Millionen Bürgerinnen und Bürgern beruht, die ihre Lebensplanung auf dieses System abstellen. Eine Entwicklung, wonach die zukünftig verstärkt notwendig werdende Haushaltskonsolidierung auf Kosten des Sozialen gehen sollte, wäre sicherlich die falsche Lehre aus der Krise.

18 Alle Bürgerinnen und Bürger müssen im Rahmen der staatlichen Gesamtverantwortung zukünftig höhere Mitverantwortung für den Sozialstaat übernehmen. Damit ist nicht eine Privatisierung von Risiken gemeint, sondern ein aktives Mitwirken bei der verantwortungsvollen Nutzung knapper Ressourcen sowie die Gestaltung der eigenen langfristigen Vorsorge. Auch eine aktive Mitwirkung bei der Prävention, der Vorbeugung gegen soziale Risiken, wird zukünftig eine größere Bedeutung erlangen.

Die individuellen Bedürfnisse der Bürger und das Gesamtinteresse der Sicherungssysteme sind in ein sinnvolles Gleichgewicht zu bringen, um die Erfolgsgeschichte des Sozialstaates weiterzuführen. In der Alterssicherung bestätigt sich die Grundsatzentscheidung, eine höhere Eigenvorsorge vorzusehen und staatlich zu fördern. Im Gesundheitswesen kann die gleichmäßige medizinische Versorgung und Absicherung der Bevölkerung nur erhalten bleiben, wenn alle Beteiligten mitwirken, die Ressourcen effizient zu nutzen, überflüssige Leistungen zu vermeiden und insgesamt die knappen Ressourcen auf eine qualitativ hochstehende Versorgung zu konzentrieren.